



# Sächsischer Landtag

76. Sitzung

6. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Donnerstag, 16. August 2018, Plenarsaal

Schluss: 13:01 Uhr

## Inhaltsverzeichnis

0	<b>Eröffnung</b>	7167	Andrea Kersten, fraktionslos	7191
	Änderung der Tagesordnung	7167	Gunter Wild, fraktionslos	7191
			Dr. Kirsten Muster, fraktionslos	7192
			André Schollbach, DIE LINKE	7192
			Jens Michel, CDU	7193
			André Barth, AfD	7196
			Franziska Schubert, GRÜNE	7198
1	<b>Erste Beratung der Entwürfe</b>			
	– <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 – HG 2019/2020)</b>		Überweisung an die Ausschüsse, Drucksachen 6/13900 und 6/13901	7199
	– <b>HG 2019/2020)</b>		Überweisung an die Ausschüsse, Drucksache 6/13902	7199
	<b>Drucksache 6/13900,</b>			
	<b>Gesetzentwurf der Staatsregierung</b>			
	– <b>Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 (Haushaltsbegleitgesetz 2019/2020 – HBG 2019/2020)</b>		Nächste Landtagssitzung	7199
	<b>Drucksache 6/13901,</b>			
	<b>Gesetzentwurf der Staatsregierung</b>			
	– <b>Zweites Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen</b>			
	<b>Drucksache 6/13902,</b>	7167		
	<b>Gesetzentwurf der Staatsregierung</b>			
	Dr. Matthias Haß, Staatsminister der Finanzen	7167		
	Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE	7176		
	Frank Kupfer, CDU	7180		
	Dirk Panter, SPD	7183		
	Jörg Urban, AfD	7187		
	Wolfram Günther, GRÜNE	7188		
	Dr. Frauke Petry, fraktionslos	7190		

## Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 76. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags.

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Frau Feiks, Frau Köditz, Herr Wurlitzer, Herr Patt, Herr Wehner und Herr Hippold.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor.

Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, dass wir – wie in den vergangenen Haushaltsberatungen – die erste Beratung aller drei Gesetzentwürfe gemeinsam in einem Tagesordnungspunkt durchführen. Wir würden also die Tagesordnungspunkte 1 und 2 zusammenziehen, was nach § 79 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung jederzeit möglich

ist. Gibt es Widerspruch zu diesem Vorschlag? – Diesen sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Das Präsidium hat für die heutige Debatte folgende Redezeiten festgelegt: CDU 38 Minuten, DIE LINKE 29 Minuten, SPD 21 Minuten, AfD 17 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 17 Minuten, fraktionslose MdL je 2 Minuten, Staatsregierung 50 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können je nach Bedarf verteilt werden.

Ich sehe keine Änderungsvorschläge zur oder Widerspruch gegen die Tagesordnung. – Die Tagesordnung der 76. Sitzung ist damit bestätigt.

Meine Damen und Herren! Der – nun einzige – Tagesordnungspunkt ist aufgerufen:

### Tagesordnungspunkt 1

#### Erste Beratung der Entwürfe

#### – Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 – HG 2019/2020)

Drucksache 6/13900, Gesetzentwurf der Staatsregierung

#### – Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 (Haushaltsbegleitgesetz 2019/2020 – HBG 2019/2020)

Drucksache 6/13901, Gesetzentwurf der Staatsregierung

#### – Zweites Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen

Drucksache 6/13902, Gesetzentwurf der Staatsregierung

Für die Staatsregierung als Einreicherin spricht der Staatsminister der Finanzen, Herr Dr. Matthias Haß. Danach sprechen die Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die fraktionslosen Abgeordneten Frau Dr. Petry, Frau Dr. Muster, Frau Kersten und Herr Wild.

Herr Staatsminister der Finanzen, sehr geehrter Herr Dr. Haß, Sie haben das Wort.

**Dr. Matthias Haß, Staatsminister der Finanzen:** Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine Premiere für mich als sächsischer Staatsminister der Finanzen, bringe ich heute doch meinen ersten Doppelhaushalt in dieses Hohe Haus ein.

Wir stehen mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 an der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt. Dieser Doppelhaushalt steht gleichzeitig in Verbindung mit erheblichen finanzpolitischen Veränderungen auf Bundesebene, von denen auch die Länder betroffen sind, und zwar ganz

massiv. Der neue Bund-Länder-Finanzausgleich wird 2020 in Kraft treten ebenso wie die Schuldenbremse, die auf Bundesebene und in vielen Ländern gelten wird. Dort wird die Schuldenbremse – im Gegensatz zu Sachsen – also erst zum Jahr 2020 eingeführt. Das sind erhebliche finanzpolitische Geschehnisse, die einen historischen Wendepunkt auch für Deutschland insgesamt darstellen.

Wir stehen in Deutschland und damit auch in Sachsen im kommenden Jahrzehnt, also ab den 2020er Jahren, vor weiteren Veränderungen, die uns alle betreffen werden. Zum einen ist es die Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt, die weiter voranschreiten wird. Der Fachkräftemangel, der nicht nur Sachsen betrifft, wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen und die Rahmenbedingungen auch unseres Haushalts beeinflussen.

Von dem französischen Chemiker Louis Pasteur stammt der Satz: „Veränderungen begünstigen nur denjenigen, der

darauf vorbereitet ist.“ – Meine Damen und Herren, wir sind gut vorbereitet.

Zunächst zum konjunkturellen Umfeld unseres Haushalts und zu den Steuereinnahmen: Das wirtschaftliche Umfeld bleibt positiv. Deutschland befindet sich in einem lang anhaltenden Wachstumsprozess, der seit 2010 ununterbrochen andauert. Das ist eine Dekade des Wachstums, wie wir sie in Deutschland seit dem Krieg nicht gekannt haben. Die Arbeitslosenquote Deutschlands liegt heute auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung; im Juni 2018 waren es 5,0 %, im Juli 5,1 %. Auch in Sachsen verzeichnen wir aktuell Rekordniedrigwerte bei der Arbeitslosigkeit; 5,8 % sind es im Juni gewesen. Seit 1992 waren in Deutschland und in Sachsen noch nie so viele Menschen erwerbstätig wie heute.

Die Produktionskapazitäten in Deutschland sind ausgelastet. Die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt maßgeblich die Einnahmenentwicklung auch in Sachsen und damit den Rahmen unseres Doppelhaushalts. Seit dem Jahr 2010 sind die Steuereinnahmen um über 6,6 Milliarden Euro angestiegen. 6,6 Milliarden Euro – das ist ein massiver Anstieg. Wenn wir diesen Anstieg auf das Volumen unseres Landeshaushalts beziehen, sehen wir, welche gewaltige Hausnummer das ist.

Damit ist aber auch eine große Gefahr verbunden; denn Haushalte werden in guten Zeiten verdorben. Deswegen gilt in Sachsen wie bisher: Dauerhafte Ausgaben müssen durch dauerhafte Einnahmen gedeckt sein. Das ist der wichtigste Grundsatz unserer nachhaltigen Finanzpolitik.

Die Steuerschätzung vom Mai 2018 hat die Schätzung vom November des Vorjahres noch einmal deutlich übertroffen. Grundlage des Doppelhaushalts 2019/2020 ist also eine erhebliche Steigerung der Steuereinnahmen. Es werden im Jahr 2019 über 900 Millionen Euro mehr und im Jahr 2020 über 1,4 Milliarden Euro mehr sein, über die wir verfügen können. Außerdem haben wir den Überschuss für 2017 in Höhe von rund 500 Millionen Euro zur Verstärkung des Doppelhaushalts eingesetzt. Das ist eine erhebliche Vergrößerung gegenüber dem Doppelhaushalt 2017/2018.

Trotz aller guten Nachrichten muss man feststellen: Die Welt um uns herum verändert sich. Es gibt erhebliche Risiken – nicht nur in Europa, sondern auch global. Die USA schotten sich immer weiter ab. Die Zölle, die Donald Trump immer wieder fordert, würden auch die sächsische Industrie treffen.

Der IWF prangert die angeblich zu hohen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands an. Das ist aus meiner Sicht einfach nur Wasser auf die Mühlen derjenigen Länder, die den globalen Handel zu ihrem eigenen Vorteil umgestalten wollen. Das ist grober Unfug. In den hohen Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands zeigt sich die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Und das ist auch gut so!

Die Verhandlungen zum Brexit ziehen sich ohne greifbare Ergebnisse in die Länge, was ich sehr bedauere. Europa

ist insgesamt in einer sehr schwierigen Situation. Die EU-Kommission kommt mir manchmal auch ein bisschen zu abwartend vor. Auch von dieser Seite ist sicherlich ein wenig mehr Gestaltung gefordert, damit wir Europa wieder auf einen guten Pfad bekommen.

China ist inzwischen ein ernsthafter globaler Wettbewerber für Deutschland. Das bekommt auch unsere Wirtschaft immer mehr zu spüren. Der europäische Vergleich, der immer wieder angestellt wird, auch in den Medien – Stichworte: „Stabilitätsanker“ und „Wachstumschampion Deutschland“ –, wirft ein viel zu gutes Licht auf Deutschland. Wir müssen uns anstrengen, um auch in den 2020er Jahren mithalten zu können; denn unsere Unternehmen sind im weltweiten Wettbewerb täglich gefordert.

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen von der guten Entwicklung der letzten zehn Jahre und in Selbstgefälligkeit verfallen. Wir müssen den Wohlstand immer wieder im Wettbewerb mit anderen hart erarbeiten, und das ist eine Erfahrung, die auch die deutsche Paradeindustrie, nämlich die Automobilindustrie, gerade schmerzlich in dem Umbruch machen muss, in dem sie gerade steht. Die Herausforderung der E-Mobilität ist sicher auch ein wichtiges Thema des kommenden Jahrzehnts. Wir Deutsche müssen die Stärkung unserer Industrie verteidigen, und auch in Sachsen ist die Automobilindustrie ein wichtiger Faktor.

Deutschland und Sachsen müssen die globalen Veränderungen vorhersehen und aktiv vorbereiten und wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Besonders wichtig für uns sind Investitionen in Forschung und Entwicklung. Dies ist ein ganz erhebliches Element, um die Wachstumspolitik in Sachsen und in Deutschland fortzusetzen.

Das gute gesamtwirtschaftliche Umfeld in Deutschland spiegelt sich im Regierungsentwurf 2019/2020 wider. Wir haben als Ergebnis der Haushaltsverhandlungen über 20 Milliarden Euro pro Jahr, das heißt mehr als 40 Milliarden Euro insgesamt zur Verfügung, um Politik zu gestalten, um die von mir beschriebenen zentralen Herausforderungen anzugehen, vor denen wir stehen. Das sind über 3 Milliarden Euro mehr, als wir im aktuellen Haushalt veranschlagt haben. Überwiegend beruhen sie auf den genannten Steuermehreinnahmen.

Mehr Geld bedeutet aber auch mehr Verantwortung für die Politik. Das heißt, die 20 Milliarden Euro, die wir veranschlagt haben, sind – das wird manchmal vergessen – nicht unser eigenes Geld, sondern sie sind das Geld des steuerzahlenden Bürgers, der Menschen, die jeden morgen früh aufstehen und den Tag über hart arbeiten und Steuern bezahlen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Diese Bürger haben zu Recht den Anspruch, dass ihr Geld mit Augenmaß und vor allem sinnvoll angelegt wird. Dazu vielleicht auch noch der Einschub, dass ich mir wünsche, dass wir beim Thema Steuersenkungen ein wenig mutiger vorgehen, als es in den Koalitionsverhand-

lungen auf Bundesebene erreicht werden konnte. Auch das ist ein Thema, bei dem den Bürgern etwas ihres Geldes wieder zurückgegeben wird.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Es kann nicht immer nur darum gehen, mehr Geld auszugeben. Ein lebenswertes Sachsen zu erhalten und zu schaffen ist kein abstraktes Ziel, sondern es muss zur Verbesserung der konkreten Lebensumstände der einzelnen Bürger führen. Es darf uns deswegen ganz grundsätzlich nicht immer wieder um Umverteilung an irgendwelche Gruppen und noch kleinere Grüppchen gehen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Eine gelungene Wirtschaftspolitik drückt sich darin aus, dass wir die Menschen zu einem selbstbestimmten Leben befähigen.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Sie sollen ohne Formularschlachten mit Sozialämtern oder sonstigen Behörden auskommen. Sie sollen allein über ihr Leben und ihren Lebensstil bestimmen können. Für das alles soll unsere Haushalts- und Finanzpolitik stehen. Wir wollen Bewährtes bewahren, Veränderungen mutig angehen und die Zukunft aktiv gestalten.

Wo kommen wir her? Wir haben am 18. Dezember 2017 mit dem neuen Kabinett unter der Führung von Michael Kretschmer unsere Arbeit aufgenommen. Seit dem ersten Tag arbeitet die Staatsregierung gemeinsam mit hohem Engagement und einer sehr hohen Schlagzahl an klaren Schwerpunkten.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Es sind vier klare Schwerpunkte: die Bildung, die innere Sicherheit, die Kommunen und der ländliche Raum sowie die Digitalisierung.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Bereits Ende Januar hat unser Ministerpräsident hier im Plenum mit der Regierungserklärung zum Zukunftspakt Sachsen die grundlegenden politischen Prioritäten benannt und mit konkreten Politikmaßnahmen untersetzt.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Also, konkret war das nicht!)

Am 9. März haben wir das Handlungsprogramm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität im Freistaat Sachsen“ – kurz: Lehrerpaket – beschlossen. Bis Ende Mai konnten wir nach intensiven Verhandlungen eine Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden über den kommunalen Finanzausgleich finden. Mitte Juni in der Haushaltsklausur in Chemnitz-Grüna, in der die Staatsregierung nach den letzten Haushaltsverhandlungen der Vormonate die Feinjustierung vornahm und den Regierungsentwurf 2019/2020 beschlossen hat, haben wir die Haushaltsaufstellung auf Regierungsebene abgeschlossen.

Das wichtigste Ergebnis dieses Arbeitsprozesses liegt nun vor Ihnen: der Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020. In diesem Regierungsentwurf finden sich alle Punkte wieder, die wir in den letzten Monaten auf den Weg gebracht haben. Die Wichtigsten möchte ich nennen: das Zukunftspaket Sachsen, das Lehrerpaket, den Breitbandausbau, die Stärkung der kommunalen Ebene sowie die Ausbildungsoffensive.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen ist möglich, weil zum einen die Einnahmensituation außergewöhnlich ist und wir zum anderen in Sachsen auf dem Fundament einer vorausschauenden, klugen und nachhaltigen Haushaltspolitik aufbauen können.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Die Basis ist die solide Finanzpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte.

(Zurufe der Abg. André Barth, AfD, und Susanne Schaper, DIE LINKE)

Wir bleiben handlungsfähig. Wir profitieren auch in diesem Haushalt von der soliden Finanzpolitik Sachsen seit 1990. Daran kann auch kleinkariertes Gemecker nichts ändern.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Wir haben niedrige Zinsausgaben aufgrund geringer Verschuldung. Das wissen Sie auch. Seit 2006 nimmt Sachsen keine neuen Schulden auf. Vielmehr werden Schulden kontinuierlich getilgt. Damit sind wir Vorreiter bundesweit gemeinsam mit dem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung –  
Widerspruch bei der AfD und den LINKEN)

Auch der Generationenfonds, mit dem wir bundesweit an der Spitze stehen, was die Vorsorge bezüglich Belastungen künftiger Generationen angeht, beginnt in den nächsten Jahren zu wirken. Wir treffen Vorsorge für kommende Ausgaben und entlasten damit künftige Generationen. Das ist in den meisten, ich will fast sagen in fast allen anderen Bundesländern in Deutschland anders. Da ist Sachsen wirklich vorbildlich.

Wir führen die bewährten Elemente der Finanzpolitik fort und prüfen gleichzeitig deren Passgenauigkeit an die sich verändernden Rahmenbedingungen. Das heißt nicht, dass wir an irgendwelchen Dingen immer wieder festhalten. Wir schauen, wo kluge Veränderungen notwendig sind. Dann machen wir sie auch. Im Übrigen halten wir an dem fest, was sich bewährt hat.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Ich nenne die wichtigsten Punkte: keine Neuverschuldung und eine moderate Schuldentilgung von 75 Millionen Euro. Die oberste Maxime ist, dass wir unseren Enkeln und den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Es gibt ein geflügeltes Wort. Dieses geflügelte Wort, was mir sehr gut gefällt, heißt: Auf Schuldenbergen kann man nicht spielen.

(Oh-Rufe von der AfD)

Auch in diesem Doppelhaushalt werden keine verdeckten Schulden aufgebaut. Für Pensionsverpflichtungen, die sich aus dem Personal von heute ergeben, wird mit dem Generationenfonds vorgesorgt, das heißt, die Entlastung wird heute schon spürbar. Das ist essenziell, auch wenn ich an die vorgesehenen Lehrerverbeamtungen denke. In den westdeutschen Flächenländern wird nämlich mittlerweile jeder zehnte Euro für Pensionszahlungen verausgabt. Die Tendenz ist in manchen Ländern weiter stark ansteigend. Diese westdeutschen Bundesländer wären sehr dankbar, wenn sie einen Generationenfonds nach sächsischem Vorbild hätten. Sachsen wird nicht in diese Situation kommen.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Der Generationenfonds sichert langfristig unsere Handlungsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Wir müssen drittens eine angemessene Vorsorge für konjunkturelle Einnahmenschwankungen treffen. Wir sind nicht vor konjunkturellen Einnahmenschwankungen gefeit. Das haben wir in der eklatanten Weltfinanzkrise von 2008/2009 gesehen. Es kann zu erheblichen Einbrüchen auch für die staatliche Haushaltswirtschaft kommen, und darauf müssen wir uns vorbereiten. Wir haben in Sachsen die Schuldenbremse. Ab 2020, ich habe es erwähnt, wird sie bundesweit Geltung haben, das heißt, es dürfen auch bundesweit keine Kredite mehr aufgenommen werden. Deshalb ist es eine ganz normale Reaktion, die auch dringend notwendig in den Ländern ist, dass wir Vorsorge für den Moment treffen, wo die Konjunktur möglicherweise einbrechen könnte. Denn davor sind wir nicht gefeit.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Das sächsische Neuverschuldungsverbot ist im Abschwung sehr streng. Das bedeutet, dass wir in einem Abschwung aus heutiger Sicht – die Zahlen sind aus heutiger Sicht immer wieder beweglich und erhöhen sich mit den steigenden Steuereinnahmen auch – bei einem schweren Konjunkturunbruch bis zu 2 Milliarden Euro im Jahr einsparen müssten. Ich sage das, weil es ein solch hoher Betrag ist. Es ist völlig offenkundig, dass wir einen solchen Betrag von 2 Milliarden Euro jährlich bei einem Gesamthaushalt von 20 Milliarden Euro, so wie wir ihn jetzt haben, nicht einsparen können. Das ist kurzfristig bei dem hohen Bindungsgrad von Landeshaushalten gar nicht möglich. Deswegen müssen wir unsere Schwankungs- bzw. Konjunkturrücklage aufbauen, damit wir für solche Situationen in Zukunft gut gerüstet sind.

(Ministerpräsident Michael Kretschmer: Richtig!)

Das Ziel muss sein, die Handlungsfähigkeit bei Einnahmerückgängen trotz des Verbotes der Kreditaufnahme zu erhalten, und dafür brauchen wir unsere Haushaltsausgleichsrücklage.

Wir wollen eine zuverlässige Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben auch in konjunkturell schlechteren Zeiten sicherstellen. Deshalb wollen wir die Haushaltsausgleichsrücklage um mindestens 300 Millionen Euro aufstocken auf dann rund 1,3 Milliarden Euro.

Angesichts der jährlich 2 Milliarden Euro Einnahmefälle, also maximal 4 Milliarden Euro über den Doppelhaushalt gerechnet, die man bei einem Konjunkturunbruch finanzieren müsste, ist dies zwingend notwendig, aber natürlich im Ernstfall mit 1,3 Milliarden Euro nicht ausreichend. Daher ist auch künftig ein weiterer Aufbau dieser Rücklage notwendig.

Viertens. Wir wollen die nach der Wiedervereinigung entstandene hervorragende Infrastruktur in Sachsen erhalten. Ein Sanierungsstau darf gar nicht erst entstehen.

(Lachen bei den GRÜNEN und der AfD – André Barth, AfD: Das ist schön!)

Wir erreichen das mit weiterhin sehr hohen staatlichen Investitionen, die bundesweit mit der Investitionsquote, die Sachsen hat, in den nächsten Jahren an der Spitze liegen werden. Aufgabe der Kommunen ist es hier, einen Beitrag für die kommunale Infrastruktur zu leisten, und wir werden sie dabei unterstützen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Wir brauchen, meine Damen und Herren, manchmal bei den Investitionen ein Stück weit mehr Zielgenauigkeit. Das heißt, die Investitionen in die Infrastruktur werden nicht um ihrer selbst willen gemacht. Wir wollen einen Mehrwert für unser Land haben. Wir wollen das Land voranbringen.

Der Freistaat Sachsen stellt weiterhin in ausreichendem Umfang Geld zur Unterstützung seiner Kommunen zur Verfügung. Ich nenne die Beispiele Schulen, Kitas, Straßenbau, im staatlichen Bereich aber auch Hochschulen. Wir haben die Krankenhäuser. Wir haben klare Investitionsschwerpunkte, und dafür steht die sächsische Haushalts- und Finanzpolitik seit vielen Jahren. Das setzen wir fort.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Bei aller Tradition bleiben wir aber anpassungs- und lernfähig. Was sich nicht bewährt hat oder mit der Zeit überholt ist, muss auf den Prüfstand gestellt werden. Ich möchte hier einen Punkt herausgreifen, nämlich die Transparenz im Haushaltsplan, die mir sehr wichtig ist, damit Klarheit darüber herrscht, wo wir wirklich stehen.

Man darf nicht vergessen, bei einer Niedrigverschuldungspolitik, wie wir sie haben, bei der soliden Finanzpo-

litik seit Jahrzehnten, bleiben wir bei aller Wertschätzung ein ostdeutsches Bundesland, das im Ländervergleich in Deutschland weiterhin mit 60 % der Steuerkraft weit unter dem Durchschnitt liegt. Ich würde mir hier deutlich mehr wünschen. Das bedeutet, dass wir uns stärker aufstellen müssen, dass wir weiterhin am Wirtschaftswachstum in unserem Land arbeiten müssen, übrigens gemeinsam mit dem Bund, den wir nicht aus der Pflicht lassen werden.

Wir wollen auf der Haushaltsseite die Transparenz herstellen, damit mit Legenden von angeblichem Kaputtsparen und irgendwelchen rigiden, übertriebenen Sparereien und diesen Dingen aufgeräumt wird. Wir schaffen mehr Transparenz im Haushaltsplan, damit jeder mitreden und sich ein klares Bild davon machen kann, wo wir stehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Dazu werden nicht mehr benötigte Rücklagen aufgelöst. Ich nenne hierzu nur zwei Beispiele: Das eine ist die Rücklage für den Länderfinanzausgleich, die in den letzten Jahren nicht in Anspruch genommen wurde und wahrscheinlich auch nicht in Anspruch genommen werden wird. Wir werden diese Rücklage auflösen, auch um die Zahl der Rücklagen zu verkleinern.

Oder ich nenne den Asyl- und Flüchtlingshilfefonds, da die Sondersituation mit hohen außergewöhnlichen Belastungen nicht mehr vorliegt und wir das aus dem laufenden Haushalt finanzieren.

Insgesamt werden die Rücklagen und Sondervermögen von derzeit 27 auf 20 reduziert, und das erhöht die Haushaltstransparenz.

Im Bereich der Steuereinnahmen wurde aktuell auf einen Konjunkturabschlag bei der sächsischen Anpassung der Steuerschätzung verzichtet. Insgesamt werden die Steuern im Aufschwung in Deutschland – bundesweit kann man sagen – eher unterzeichnet. Sie werden defensiv geschätzt. Das ist vorsichtig und auch richtig so. Weitere Konjunkturabschläge waren deshalb nach meiner festen Überzeugung in der Mai-Schätzung nicht notwendig, deshalb haben wir sie auch nicht gemacht. Es wurden in der Steuerschätzung, die dem Doppelhaushalt zugrunde liegt, nur zwingende steuerrechtliche Änderungen und die demografische Entwicklung berücksichtigt. Die demografische Entwicklung ist etwas, was unseren Landeshaushalt sehr stark belastet. Das ist auch ein Thema, an dem wir arbeiten müssen. Es belastet unseren Landeshaushalt mit einem Betrag von 70 bis 80 Millionen Euro pro Jahr, dass wir in Relation zu anderen Ländern bevölkerungsmäßig zurückfallen. Das ist ein langfristiger Trend, an dem wir arbeiten müssen.

Auch im Stellenplan schaffen wir mehr Transparenz. Im Personalbereich werden mit dem Regierungsentwurf bisher außerhalb des Stellenplans geführte unbefristete Beschäftigte, insbesondere im Lehrerbereich, die sogenannten VZÄ – das heißt auf Deutsch Vollzeitäquivalente – in den Stellenplan integriert. Der Stellenplan und die

Entwicklung der Stellenzahl erhalten damit wieder mehr Aussagekraft. Das ist extrem wichtig, damit wir sehen, wo wir bei den Personalstellen stehen. Ich werde darauf beim Thema Personalhaushalt noch zu sprechen kommen.

Die Vereinfachung und Verbesserung von Förderverfahren ist ein weiterer Punkt, an dem wir intensiv arbeiten. Es ist ein fortschreitender Prozess, die Förderverfahren zu vereinfachen. In der Unternehmenslenkungswissenschaft gibt es den schönen Begriff, der mir sehr gut gefällt, der „systematischen Müllabfuhr“, den Herr Prof. Malik aus St. Gallen geprägt hat. Es bedeutet, dass, ähnlich wie in einer Zelle in einem Unternehmen und in jeder Institution, auch beim Staat ab und zu einmal durchgewischt und geschaut werden muss, was sich überholt hat, in welchen Bereichen es bürokratisches Gerümpel gibt, das man wegräumen muss.

Zu diesem Zweck haben wir eine Kommission eingerichtet. Das heißt, wir werden bis nächstes Jahr – das haben wir uns vorgenommen – systematisch bei den Förderverfahren schauen, was wir vereinfachen können. Wir haben uns bereits jetzt erste Schritte vorgenommen und in der Kabinettsklausur zum Doppelhaushalt 2019/2020 schon beschlossen. Auch das ist ein sehr wichtiger Bereich unserer Tätigkeit, dass wir die Förderverfahren in Sachsen vereinfachen müssen. Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Unternehmen und natürlich auch die Kommunen.

2020 markiert auf der Bundesebene einen Wendepunkt in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Das ist eine wichtige Rahmenbedingung für unseren Landeshaushalt. Mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II und der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs war für den Übergang von 2019 zu 2020 mit einem erheblichen Einbruch der Einnahmen des Freistaates zu rechnen. Der Solidarpakt II läuft aus.

Dass es zu keinem Einbruch gekommen ist und der Freistaat ab 2020 etwas besser dasteht als unter dem alten Länderfinanzausgleich, ist ein sehr gutes Verhandlungsergebnis von Bund und Ländern und auch von der Regierung von Stanislaw Tillich. Ich sehe das Ergebnis der Bund-Länder-Finanzverhandlungen insgesamt dennoch ein wenig mit gemischten Gefühlen, wenn ich mir die langfristige Entwicklung in Deutschland anschau.

Für den Freistaat Sachsen ist zunächst einmal positiv, dass die Einnahmenausstattung über das Jahr 2019 hinaus auf einem stabilen Niveau gehalten werden kann. Es gibt nicht den befürchteten Abriss und auch keinen Abbruch. Der befürchtete Einbruch bei den Einnahmen bleibt aus.

Es gibt aber auch keinen wirklich großen Gewinn, wenn man das mit 2019 vergleicht. Anders als bei den großen westdeutschen Ländern, die teilweise erheblich vom Bund profitieren, werden wir eine schwarze Null schreiben. Aber wir werden aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ungefähr 100 Millionen Euro mehr haben.

An dieser Stelle ein kurzes Wort zu den Kommunen; denn wenn man den Gleichmäßigkeitsgrundsatz zugrunde legt, entfallen von den ungefähr 110 Millionen Euro, die wir aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen mehr haben, ungefähr 40 Millionen Euro auf die Kommunen. Das wäre das Drittel nach dem GMG I. Wir wollten die Kommunen in den Finanzverhandlungen aber deutlich dauerhaft stärken und haben deshalb im Regierungsentwurf vorgesehen, dass anlässlich der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen eine Neuordnung stattfinden sollte, die zu einer dauerhaften Verbesserung in den nächsten Jahren zugunsten der Kommunen von 183 Millionen Euro führt. Das heißt, die Kommunen profitieren auch von der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen, und zwar mehr, als es eigentlich der GMG I vorsehen würde.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu den Ausgabenschwerpunkten des Doppelhaushalts 2019/2020, Regierungsentwurf, im Einzelnen: Generell geben die Einnahmen aufgrund des Neuverschuldungsverbotes den Rahmen für die Ansätze des Haushalts vor. Mit den Rekorderlösen bei den Steuern geht eine hohe Verantwortung einher: Risiken zeichnen sich ab, die EU-Gelder gehen zurück, Deutschland muss sich in der Digitalisierung und in der Globalisierung behaupten. Wir dürfen nicht übermütig werden und müssen die Steuergelder vernünftig für die Verbesserung der Lebensumstände in unserem Land einsetzen.

Der Ausgleich zwischen den verschiedenen berechtigten Interessen ist uns im Regierungsentwurf gelungen. Wir haben eine Schwerpunktsetzung getroffen in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit, Kommunen, ländlicher Raum und Digitalisierung. Im Einzelnen:

Thema Bildung: Die Bildung ist die Basis für die zukünftige Gestaltung Sachsens. Die heutige junge Generation wird künftig den Freistaat voranbringen und für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sorgen. Dafür müssen wir die Grundlage schaffen. Sachsen macht eine sehr erfolgreiche Bildungspolitik. Das hat sich in dieser Woche erneut gezeigt. Zum wiederholten Male hat Sachsen im Bildungsmonitor den ersten Platz belegt und sich sogar gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Diesen Erfolg, meine Damen und Herren, verdanken wir der engagierten Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer. Wir werden im Doppelhaushalt 2019/2020 allein fast 13 Milliarden Euro für Bildung und Forschung ausgeben. Das ist jeder dritte Euro und rund ein Drittel des Landeshaushalts.

Durch das Handlungsprogramm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität“ wird die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert und die sehr gute Arbeit der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer honoriert. Für die Umsetzung des

Handlungsprogramms sind im Entwurf für den Doppelhaushalt insgesamt 644 Millionen Euro eingeplant.

In Krippe und Kindergarten haben wir den Personalschlüssel bereits verbessert. Mit dem Qualitätspakt „Frühkindliche Bildung“ stärken wir die frühkindliche Bildung weiter. Erstmals werden Vor- und Nachbereitungszeiten der Erzieherinnen und Erzieher im Umfang von zwei Stunden je Woche und Vollzeitkraft berücksichtigt. Dafür setzen wir 114 Millionen Euro ein. Darüber hinaus erhöhen wir den Zuschuss je betreutes Kind um 300 Euro. Das sind künftig 80 Millionen Euro pro Jahr.

Die Unterstützung der Kommunen beim Schulhausbau ist ein weiterer Schwerpunkt bei den Investitionen. In Summe werden wir 146 Millionen Euro für die Bewilligung neuer Bauprojekte an Schulen bereitstellen. Den besonderen Herausforderungen in den kreisfreien Städten beim Neu- und Ausbau der Kapazitäten wird durch die ausdrückliche Berücksichtigung eines Stadtbudgets Rechnung getragen. Diese Investitionsmittel kommen im Übrigen beim Schulhausbau zu den erheblichen Bundesmitteln, die hier im Umlauf sind, hinzu. Zuletzt hatten wir im Schulinvestprogramm von Anfang des Jahres 2018 – das waren 195 Millionen Euro – einen erheblichen Punkt gesetzt. Hier kommen jetzt die weiteren Investmittel im Landeshaushalt hinzu. Man muss sich fast ein bisschen Sorge machen, dass diese gewaltigen Investmittel auch abfließen; denn wir wissen alle, dass die Kapazitäten der Bauwirtschaft beschränkt sind und die Kommunen auch planungsmäßig kaum noch hinterherkommen.

Zusätzlich fördern wir selbstverständlich – auch das ist ein wichtiger Schwerpunkt – die Breitbandanbindung der Schulen ans Internet.

Neben den Schulen und Kitas sind die Hochschulen für uns sehr wichtig. Die Hochschulen sind ein weiterer zuverlässiger Partner. Mit der Zuschussvereinbarung bis zum Jahr 2024 und der Zielvereinbarung bis 2020 haben die Hochschulen in Sachsen bestmögliche Planungssicherheit erhalten. Die Ausgaben von insgesamt 1,4 Milliarden Euro im Doppelhaushalt sind ein Zeichen.

Die neue Exzellenzstrategie wird bestmöglich unterstützt werden. Die Entscheidung, inwieweit sich die sächsischen Universitäten mit ihren Konzepten durchsetzen können, wird Ende September 2018 fallen.

Für mich ist sehr wichtig, dass wir noch stärker auf Effekte für die sächsische Wirtschaft setzen, denn Forschung darf kein Selbstzweck sein. Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir stärker als bisher in den Blick nehmen.

Die Hochschulmedizin wird nochmals gestärkt. Zusätzliche 9 Millionen Euro bzw. 16 Millionen Euro für den laufenden Betrieb der medizinischen Fakultäten sowie 8 Millionen Euro jährlich zusätzlich für Investitionen sind vorgesehen. Wir werden mit den Unikliniken weiter darüber sprechen, wie die Investitionen der nächsten Jahre langfristig gestaltet werden können. Auch hier muss eine langfristige Planung möglich sein.

Neben dem Thema Bildung ist das Thema Innere Sicherheit ein zweiter wichtiger Schwerpunkt unseres Doppelhaushalts. Die Sicherheit ist ein hohes Gut und eine der elementaren Aufgaben, die der Bürger mit Recht vom Staat erwartet. Die Sicherheit hat in Sachsen seit Langem Priorität. Daher werden Polizei, Justiz, Brand- und Katastrophenschutz von uns deutlich gestärkt werden.

Der schon beschlossene Stellenaufbau nach Empfehlungen der Polizeikommission von 2015 bei der Polizei von 1 000 zusätzlichen Polizisten soll beschleunigt werden. Wir haben die Stellen im Regierungsentwurf des Doppelhaushalts veranschlagt und werden mit der Besetzung dieser Stellen die Präsenz auf der Straße und in den Regionen erhöhen. Gleichzeitig wurden und werden die Ausbildungskapazitäten der Polizei ausgebaut. Ab diesem Jahr werden erstmals 700 junge Polizeianwärter jährlich in Dienst gestellt werden. Die Polizeiausstattung wird durch Investitionen in Dienstkraftfahrzeuge, Dienstkleidung und Sachausrüstung, aber auch durch Investitionen in die Dienstgebäude weiter verbessert werden. 2019 und 2020 sind insgesamt rund 100 Millionen Euro für Investitionen in Polizeigebäude geplant.

Auch die Justiz wird durch über 400 neue Beamte und Ausbildungsstellen leistungsfähiger. Von diesen Stellen entfallen allein über 200 auf den Justizvollzug. Der Ausreisegewahrsam und eine Abschiebungshaftanstalt werden geschaffen.

Bei der Feuerwehr wird die Investitionsoffensive mit 40 Millionen Euro pro Jahr fortgesetzt und die Attraktivität der Feuerwehr gesteigert werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich nenne hier die Förderung des Erwerbs des Lkw-Führerscheins und die Jubiläumswendungen. Das sind alles wichtige Maßnahmen, die gleichzeitig den ländlichen Raum stärken.

Auch für die ehrenamtlichen Katastrophenschützer werden die Mittel im Regierungsentwurf deutlich aufgestockt.

Der dritte Schwerpunkt, zu dem ich jetzt komme, sind die Kommunen und der ländliche Raum.

Die Kommunen sind für uns ein unverzichtbarer Partner. Sie beeinflussen maßgeblich die Entwicklung in den Regionen.

(Zuruf des Abg. André Barth, AfD)

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Kommunen deutlich mehr Mittel erhalten, welche zudem in höherem Maße zur freien Verfügung stehen – Sachsen hat hier schon einen sehr hohen Freiheitsgrad – und eigenverantwortlich zur Bewältigung der konkreten Herausforderungen vor Ort eingesetzt werden können. Die Kommunen wissen in vielen Fällen selbst, was wichtig ist. Das muss ihnen nicht vorgegeben werden. Deswegen haben wir hier den Freiheitsgrad erhöht. Das ist von den kommunalen Spitzenverbänden sehr begrüßt worden.

Mit der Einigung zum kommunalen Finanzausgleich geht in vielen Bereichen eine Erhöhung der Einnahmenausstattung der kommunalen Ebene einher. Ich habe die 183 Millionen Euro schon erwähnt, die dauerhaft nicht nur in diesem Doppelhaushalt, sondern auch in den kommenden Jahren zugunsten der kommunalen Ebene zusätzlich zur Verfügung stehen.

Gemäß der Steuerschätzung im Mai dieses Jahres können die Gemeinden in den Jahren 2019 und 2020 steigende Steuereinnahmen erwarten. Die Kommunen profitieren über den GMG I im kommunalen Finanzausgleich auch von den steigenden Steuereinnahmen des Landes. In der Summe stehen den Kommunen 2019 rund 7,2 Milliarden Euro und 2020 rund 7,5 Milliarden Euro als regelgebundene Finanzausstattung zur Verfügung. Das sind im Jahr 2020 rund 870 Millionen Euro mehr als 2017 und bedeutet einen Zuwachs der zur Verfügung stehenden Finanzmittel für die kommunale Ebene von rund 13 % innerhalb von drei Jahren. Dies ist die größte Aufstockung, meine Damen und Herren, eine Umschichtung vom Land zu den Kommunen – damit das hier nicht untergeht –, die es seit der Einführung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes 1995 im sächsischen FAG gegeben hat. Das ist schon eine Hausnummer. Wenn ich von der Integration des Mehrbelastungsausgleiches absehe, ist es die größte Verschiebung. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Der im Freistaat Sachsen angewendete Gleichmäßigkeitsgrundsatz sorgt für Stabilität und Planbarkeit der Einnahmen. Die Kommunen haben dadurch die Möglichkeit, ihre Aufgaben selbst verantwortlich und effizient wahrzunehmen. Deswegen ist der Gleichmäßigkeitsgrundsatz nicht nur in den Verhandlungen immer wieder von den Spitzenverbänden gelobt worden und wird von ihnen öffentlich immer wieder positiv hervorgehoben, auch viele andere Länder in Deutschland haben diesen Gleichmäßigkeitsgrundsatz übernommen. Damit hat der sächsische kommunale Finanzausgleich Maßstäbe gesetzt.

Auch außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs soll die Anhebung von Landespauschalen und Kostenerstattungen weitere Freiräume für die Kommunen in der allgemeinen Finanzausstattung schaffen. Ich habe die Kita-Pauschale schon erwähnt. Das ist eine Entlastung der Kommunen von 80 Millionen Euro jährlich, die wir vorgesehen haben. Sie soll ab dem 1. Juli 2019 in Kraft treten. Das sind 300 Euro je Neunstundenkind. Weitere Entlastungen haben wir im Bereich der Asylkosten, wo die Kommunen eine erhebliche Entlastung erfahren, und zwar in Höhe von ungefähr 30 % pro Kopf.

Zusammengefasst: Es sollen nicht nur die Zuweisungen innerhalb des FAG zunehmen, auch die übrigen Zuweisungen außerhalb des FAG sollen nach dem Regierungsentwurf in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Das sind absolut gesehen ungefähr 330 Millionen Euro

oder 11 %, die 2019 gegenüber 2018 mehr zur Verfügung stehen.

Ein weiteres positives Beispiel unserer kommunalfreundlichen Politik ist das Pauschalengesetz vom Mai 2018. Dadurch erhalten die Kommunen unbürokratisch freie Mittel in Höhe von insgesamt 30 Millionen Euro jährlich. Viele Bürgermeister in den kleinen und mittleren Kommunen haben uns vielfach bestätigt, dass sie die 70 000 Euro pro Jahr gut einsetzen können. Auch das einfache und unbürokratische Verfahren bei der Pauschale wird immer wieder hervorgehoben.

Generell wollen wir die Förderverfahren gerade in den Kommunen deutlich unbürokratischer und schlanker durchführen, sie also vereinfachen.

Die Kommission, die wir eingesetzt haben, wird bis Ende Mai ihre Ergebnisse vorlegen. Davon unabhängig haben wir schon erste Schritte in Chemnitz eingeleitet. Wir haben beschlossen, dass wir auf die gemeindewirtschaftliche Stellungnahme verzichten wollen und die baufachlichen Stellungnahmen, von denen es in diesen komplizierten Förderverfahren inzwischen viel zu viele gibt, dort entfallen lassen, wo es vom Fördersatz her möglich ist. Wenn die Kommune einen hohen Eigenanteil trägt, wird sie schon selbst ein Interesse daran haben, dass die Maßnahme wirtschaftlich ausgeführt wird. Da brauchen wir nicht noch drei baufachliche Stellungnahmen. Vielleicht genügt dann manchmal eine.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Es gibt einiges, das wir schon wegräumen können

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

und bei dem ich deshalb dem Kabinett mit voller Überzeugung vorgeschlagen habe, hier bereits voranzugehen. Das haben wir im Kabinett dann auch so beschlossen und müssen nicht die Ergebnisse der Kommission abwarten.

Der ländliche Raum wurde auch in anderen Bereichen von uns berücksichtigt. Es gibt zum einen die Erhöhung der Kulturräumförderung in den nächsten vier Jahren um 10 Millionen Euro und es gibt die Fortsetzung des Programms „Vitale Dorfkerne“ – ein sehr, sehr wichtiges Programm. Es wird in den nächsten Jahren, 2019/2020, mit jeweils 15 Millionen Euro fortgesetzt. Außerdem gibt es einen Ideenwettbewerb für den ländlichen Raum mit weiteren 5 Millionen Euro.

Ein nächstes sehr wichtiges Thema – auch für den ländlichen Raum – ist die weitere Stärkung des ÖPNV. Sie ist ein wesentlicher Faktor für die Steigerung der Effektivität und Anbindung unseres ländlichen Raumes. Rund 1,5 Milliarden Euro – eine erhebliche Summe – werden wir insgesamt für den ÖPNV in den Jahren 2019/2020 ausgeben.

Der Strukturwandel in den Braunkohleregionen stellt Sachsen vor große Herausforderungen. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“,

abgekürzt: „Kohlekommission“, hat auf Bundesebene ihre Arbeit aufgenommen. Erste Ergebnisse sollen bereits Ende 2018 vorliegen.

Damit wir konkrete Projekte mit Zukunftspotenzial zügig umsetzen können, haben wir bereits jetzt für die Jahre 2019/2020 ein Förderprogramm „Standortstärkungsinitiative Braunkohlereviere“ aufgelegt. Für die Region Lausitz und den Südraum Leipzig stellen wir damit insgesamt 10 Millionen Euro bereit. Das Ziel wird sein, dass wir gemeinsam mit dem Bund eine gute Zukunftsperspektive für diese Regionen entwickeln.

Ein zentraler Baustein für die Entwicklung Sachsens, der sehr wichtig ist, ist der Lückenschluss beim Breitbandausbau im ländlichen Raum; denn er stellt sicher, dass wir dort auch in Zukunft lebenswerte Verhältnisse haben und vor allem auch die Unternehmen dort ansässig sein und erfolgreich arbeiten können. Wir legen einen Breitbandfonds im Umfang von 700 Millionen Euro auf. Die Übernahme der Eigenanteile der Kommunen – und damit eine 100-%-Förderung – ist aus der Sicht des Finanzministers – dies muss gestattet sein – nicht ganz unproblematisch, aber hier ausnahmsweise vertretbar, damit wir bei diesem Thema endlich zügig vorankommen, denn am Geld kann es jetzt nicht mehr liegen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Der Breitbandausbau, meine Damen und Herren, ist kein Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für die Digitalisierung und Modernisierung Sachsens.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

In anderen Ländern, wie zum Beispiel in den baltischen Staaten – ich nenne nur Litauen oder Estland –, in denen man sich das anschauen kann, ist das, worüber wir hier sprechen, alles völlig selbstverständlich. In Deutschland müssen wir das nun zügig umsetzen. Hier war die Bundesförderung sehr kompliziert, und ich denke, dass wir gemeinsam mit dem Bund weitere Vereinfachungen erreichen können und damit zügig und schwungvoll vorankommen.

Das Thema Digitalisierung bedeutet auch, dass wir auf der staatlichen Ebene mit der Digitalisierung Schritt halten müssen; denn sie bietet enorme Chancen bei der effizienten Ausrichtung der Staatsverwaltung und einer bürgerfreundlichen Serviceorientierung: das Thema E-Government. Eine moderne Verwaltung kommt dem Bürger zugute und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens im Länderkonzert.

Ein Baustein zur umsichtigen Begleitung der Digitalisierung und der Verwaltung ist die solide finanzielle und personelle Ausstattung des Staatsbetriebes Sächsische Informatikdienste, der in Zukunft in der Staatskanzlei angesiedelt sein wird. Darüber hinaus finden zahlreiche Umsetzungsprojekte im Zusammenhang mit der Digitalisierung in den Behörden statt. Ich darf zwei Beispiele

nennen: Die Steuerverwaltung ist in diesem Bereich bereits sehr weit vorangeschritten. Es ist ein bundesweit koordiniertes Vorgehen, zu dem ich beispielsweise das Thema ELSTER erwähne – das ist die elektronische Steuererklärung, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut – und die elektronische Abwicklung und Bearbeitung im Finanzamt. Daraus entstehen weniger Aufwand für den Bürger, eine schnellere Bearbeitung durch die Finanzverwaltung und, wenn es klappt, auch eine schnellere Steuerrückerstattung. Dies alles sind wichtige Dinge.

Ein zweiter Bereich, der sehr wichtig ist und bei dem wir ebenfalls bereits auf einem guten Weg sind – auch bundesweit vorbildlich –, ist das digitale Grundbuch. Hierbei können Notare und Kreditinstitute unmittelbar auf das Grundbuch zugreifen. Der gesamte Vorgang beim Immobilienerwerb in Sachsen wird deutlich verkürzt werden. Die Digitalisierung hat damit spürbar positive Effekte auch für den Bürger, und eine effiziente Ausrichtung der Verwaltung ermöglicht es gleichzeitig, den absehbaren Fachkräftemangel in der Verwaltung zu mildern.

Damit kommen wir last not least zum Personal. Nach der Systematik des Doppelhaushaltes steht der Personalhaushalt am Ende meiner Ausführungen. Demografisch bedingt steht Sachsen vor großen Herausforderungen. In den nächsten Jahren werden in Summe deutlich mehr Menschen das Ruhestandsalter erreichen, als junge Menschen dem Arbeitsmarkt neu zur Verfügung stehen. Dies betrifft sowohl die Privatwirtschaft als auch den öffentlichen Dienst. Diesen demografischen Fakt können wir natürlich nicht kurzfristig beeinflussen, die bevorstehenden Veränderungen können und werden wir aber aktiv angehen und begleiten. So gelingt uns eine Abfederung des Fachkräftemangels in der Verwaltung.

Ein Baustein ist dabei die Erhöhung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung. Dazu gehören Aufgabenkritik und Digitalisierung. Ein weiterer Baustein ist die beschlossene Ausbildungsoffensive des Freistaates. Mit fast tausend Stellen im Jahr 2020, die wir im Doppelhaushalt veranschlagt haben, setzen wir auch hierbei ein klares Signal. Der Freistaat erhöht seine Ausbildungskapazitäten deutlich, um Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Dafür sind nicht nur zusätzliche Ausbildungsstellen im Regierungsentwurf vorgesehen, sondern auch die nötigen Mittel für zusätzliches Lehr- und Verwaltungspersonal, für Lehrräume und die sächliche Ausstattung.

Der dritte Baustein ist die Aufstockung des Personalpools Demografie auf künftig 300 Stellen – ebenfalls ein Instrument, das sehr wichtig ist, um für die Zukunft gutes Personal zu binden.

Unser Ziel ist es, möglichst frühzeitig Fachkräfte zu binden und den Wissenstransfer in der Verwaltung trotz des Generationenwechsels abzusichern. Mit der unbefristeten Einstellung von Projektbeschäftigten, die wir später in anderen Bereichen dauerhaft benötigen, wird das gleiche Ziel verfolgt. Insgesamt erfolgt also eine deutliche Stärkung der Möglichkeiten, den demografischen Wandel

durch die Staatsverwaltung rechtzeitig und im erforderlichen Umfang zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns auch vorgenommen, die Transparenz und Aussagekraft des Stellenplanes zu erhöhen. Wenn Sie sich den Regierungsentwurf näher anschauen, werden Sie feststellen, dass es zu einer Neugliederung des Stellenplanes gekommen ist. Wie bisher gibt es das Personal-Soll A, das sind die Beamten und tariflich Beschäftigten. Dann gibt es das Personal-Soll B, die Auszubildenden, und das Personal-Soll C, das sind die Staatsbetriebe, Hochschulen und Ähnliches. Neu hinzugekommen ist das Personal-Soll D. Hierin werden die Stellen für einmalige und zeitlich befristete Projekte einheitlich und transparent für alle sichtbar abgebildet. Zusätzlich wurden die Vollzeitäquivalente – die VZÄ, von denen ich schon gesprochen habe –, insbesondere die Lehrer, in den Stellenplan überführt.

Erlauben Sie mir dazu noch eine Anmerkung zum Thema Gesamtstellenplan und dem angeblichen Kaputtsparen. Ein Stellenabbau hat unter dem Strich seit 2009 nicht stattgefunden,

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Nein!)

und bevor es nun einiges Gegrummel gibt, kann man sagen: In einigen Teilbereichen hat natürlich ein Stellenabbau stattgefunden, das ist überhaupt keine Frage. Aber wenn Sie sich den Stellenplan insgesamt anschauen und ehrlich sind, dann können Sie diesen Gesamtabbau an der Zahl nicht nachweisen, denn er ist nicht erfolgt.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Bereits im laufenden Jahr 2018 erreicht die Stellenzahl nämlich mit deutlich mehr als 89 000 ein höheres Niveau als 2009.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Die Rechnung ist doch absurd!)

Das ist nun einmal so. Die Zahlen lügen nicht. Sie können die Zahlen auch nicht erschießen, das ist das Problem.

(Zuruf der Abg. Franziska Schubert, GRÜNE)

Das ist unsere Basis. Wir kommen von über 89 000 Stellen im Jahr 2018. Wir haben uns deshalb entschieden, im Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 die Stellenzahlen in wichtigen Bereichen gezielt zu erhöhen. Dabei sind wir maßvoll vorgegangen. Wir haben in den Bereichen Bildung, Justizvollzug und Polizei klare Schwerpunkte gesetzt: in der Polizei vor allem das Vorziehen der Stellen für die von mir genannten 1 000 neuen Polizisten der Polizeikommission. Wir haben für dringende Bedarfe der Ressorts insgesamt 200 Stellen vorgesehen, und im Demografiepool sind 225 Stellen neu vorgesehen worden. Das sind klare Akzente, die wir gerade im Personalhaushalt gesetzt haben.

Der Anteil der Personalausgaben wird im Verhältnis zu den Gesamtausgaben im Doppelhaushalt 2019/2020 nicht weiter anwachsen. Wir müssen den Trend beim Personal langfristig planen, nicht nur bis zum Jahr 2020. Wir

müssen auch an das Jahr 2025 oder das Jahr 2030 denken. Deshalb haben wir die von mir genannten Vorsorgemaßnahmen für den Personalbereich getroffen.

Wir müssen, wenn wir über Personal- und Stellenzahlen sprechen, auch sagen: Es ist kein Selbstzweck, dass wir 89 000 oder in Zukunft mehr als 91 000 Stellen veranschlagen, sondern man muss immer das Ziel im Auge behalten, das wir bei der Gestaltung unserer Stellen im Freistaat haben. Es besteht darin, dass wir mit gutem, qualifiziertem Personal der Staatsverwaltung die staatlichen Kernaufgaben gut erfüllen wollen. Das heißt, wir müssen auch zu einer Aufgabenkritik bereit sein und uns fragen: Welche Aufgaben wollen wir in Zukunft erfüllen, und wie können wir unsere Verwaltung maximal modern, leistungsfähig und zukunftsorientiert gestalten?

Es ist keine Frage, ob ich jetzt immer mehr Stellen hinstopfe, sondern es hängt sehr stark davon ab, welche Führungskultur ich habe und welche Aufgaben ich wie erfülle. Das alles sind organisatorische und verwaltungsmäßige Fragen, mit denen man sich systematisch und langfristig, mit langem Trend, beschäftigen muss. Es kann also nicht nur darum gehen, immer mehr Stellen zu fordern.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Nur das ständige Hinterfragen bestehender Strukturen, die Suche nach noch besseren Lösungen und eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Status quo – die menschlich ist – erhalten die Agilität und die Handlungsfähigkeit unseres Freistaates. So können wir die Veränderungen, vor denen wir stehen, erfolgreich meistern. Der Regierungsentwurf enthält in sehr vielen Bereichen Antworten auf diese ganz, ganz wichtigen Fragen.

Der Prozess des ständigen Hinterfragens muss und wird uns immer weiter begleiten, in der Staatsregierung und in den einzelnen Behörden. So leben wir das vor und so soll es auch nach unten durchgestellt werden.

Die Staatsregierung hat mit dem vorliegenden Regierungsentwurf eine gute Grundlage für die parlamentarischen Beratungen gelegt. Der Regierungsentwurf ist aus einem Guss. Er gibt klare Antworten auf aktuelle Herausforderungen. Der Regierungsentwurf leistet einen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen verschiedener Interessengruppen. Er setzt auf eine nachhaltige Finanzpolitik ohne Neuverschuldung auf der einen Seite und auf eine Zukunftsgestaltung und Fortentwicklung des Landes über eine intelligente Schwerpunktsetzung auf der anderen Seite.

Die weitere Verantwortung liegt nun bei Ihnen, beim Sächsischen Landtag. Schlussendlich liegt die Verpflichtung natürlich bei den Fachressorts, bei den Kommunen, die vom Landtag beschlossenen Haushaltsmittel am Ende auch zuverlässig und zügig einzusetzen, damit wir zu guten Ergebnissen kommen.

Wir werden tatkräftig gemeinsam dafür sorgen, dass die vielen Milliarden Euro auch tatsächlich und spürbar dort

ankommen, wo sie hingehören, nämlich beim Bürger: durch eine bessere Bildung, eine bessere Infrastruktur, bessere Sicherheit, eine prosperierende Wirtschaft, mehr Beschäftigung und höhere Löhne und nicht zuletzt durch eine effiziente Staatsverwaltung.

Ich freue mich sehr auf die Diskussion hier im Sächsischen Landtag und danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Rößler:** Für die einreichende Staatsregierung hatte der Staatsminister der Finanzen, Herr Dr. Matthias Haß, das Wort.

Wir kommen jetzt zur Aussprache, und die Fraktionen haben das Wort. Es beginnt die Fraktion DIE LINKE. Das Wort ergreift Frau Kollegin Meiwald.

**Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass ich zu den Abgeordneten hier im Hohen Haus gehöre, die trotz Opposition kein Problem damit haben, die Staatsregierung, wenn nötig, auch einmal zu loben.

(Dr. Stephan Meyer, CDU: Das stimmt!)

Nun ja, vielleicht beginne ich heute einmal damit, aber – wie Sie es sicher nicht anders von uns erwartet haben – es fällt uns nicht viel Positives zu einer ersten Bewertung Ihres Haushaltsentwurfes ein.

Gut, der Finanzminister hat tatsächlich dafür gesorgt, dass man aus dem Stellenplan die reale Anzahl der Stellen ablesen kann. Sie erwarten jetzt hoffentlich keinen großen Jubel für diese Selbstverständlichkeit.

Auch erste kleine Schritte hin zur Vereinfachung bei den Förderverfahren führen nun nicht zu ganz großen Freudentänzen im Land. Gerade haben die Bürgermeister und der SSG ihre Kritik erneuert. Kommunen stellen erst gar keine Anträge mit x Seiten Verwaltungspapier, weil sie die über 100 Förderrichtlinien gar nicht mehr bewältigen. Solange Sie hier nicht endgültig Tiefgreifendes ändern, nützt ihnen der ganze Geldsegen nichts, denn er kommt schlicht nicht an. Wir fordern seit Jahren Entbürokratisierung und Pauschalen. Und damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich am Ende des Lobes angekommen.

Sie legen uns heute also einen Rekordhaushalt von über 20 Milliarden Euro pro Jahr vor, und leider ist das nichts, wofür Sie sich feiern lassen können; denn es ist nicht Ihr Verdienst, sondern das der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Dr. Stephan Meyer, CDU: Das hat er ja gesagt!)

Und so können Sie jedes Jahr circa 1 Milliarde Euro mehr Steuereinnahmen einplanen. Geld ist also genügend vorhanden. Klar ist, dass es ausgegeben werden muss, allein schon deshalb, weil es angesichts der aktuellen Zinssituation nicht auf die Bank geschafft werden kann.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das stimmt!)

Dieses viele Geld muss aber für die Korrektur der Fehler der Vergangenheit der CDU-Regierung und diverser Koalitionen unter CDU-Führung ausgegeben werden. So stehen im Mittelpunkt dieses Etats notwendige Reparaturen an den selbst angerichteten Schäden. Es wird nun deutlich teurer, als wenn man rechtzeitig umgesteuert hätte. So ist es schade um das viele Geld. Was hätte man nicht alles damit anfangen können?!

(Dr. Stephan Meyer, CDU:  
Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Jetzt haben wir den Zustand: viel Geld und wenige Ideen. Die Idee der kostenlosen Kita von Herrn Panter von der mitregierenden CDU, SPD – Entschuldigung! –

(Heiterkeit bei der CDU und der SPD)

hat es jedenfalls nicht in den aktuellen Haushalt geschafft. Nun werden auch über 20 Milliarden Euro jährlich nicht ausreichen, das Land schöner und grüner zu machen. Nein, diese Mittel werden benötigt, um Sachsen vor dem endgültigen Kollaps zu bewahren.

(Unruhe bei der SPD)

Der Entwurf des Haushalts ist ein Sinnbild Ihrer Ideenlosigkeit. Sie verharren weitestgehend in alten Mustern und bieten uns Lösungen an, die vielleicht in den Neunzigerjahren noch getragen haben, aber im Jahr 2019 längst überholt sind. Ich verstehe nicht, wie Sie – obwohl Sie sich doch auf die Fahnen geschrieben haben, unterwegs bei den Leuten zu sein – derartig an den Fragen der Zeit vorbeigieren, ja, vorbeidenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns wirklich Mühe gegeben, Ihre kleinen und großen Gemeinheiten im Haushalt aufzuspüren.

(Geert Mackenroth, CDU: Nichts gefunden!)

Selbst dazu sind Sie nicht in der Lage. Ganz zu schweigen von echten Innovationen und neuen Ideen, mit denen Sie uns glatt hätten überraschen können. Nix!

Aufgehübscht wird dieser alte Wein nun nur durch ein größeres und üppigeres Etikett, aber einen Lösungsansatz für die Probleme in allen Bereichen können wir nicht erkennen. Drängende Fragen im Bereich der Bildung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der öffentlichen Gesundheitsversorgung und der Finanzierung der Kommunen bleiben weitestgehend unbeantwortet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kann doch nicht sein, dass es mehrere Legislaturperioden dauert, bis sich bestimmte Erkenntnisse bei Ihnen durchsetzen. Dazu müssten Sie aber eben auch einmal von Ihrem hohen CDU-Ross herunterklettern und in der Sache und nicht ideologisch entscheiden.

So haben wir Ihnen bereits vor über zehn Jahren die Situation vorausgesagt, die wir nun im Bildungsbereich erleben. Der Reparaturbetrieb, in dem wir uns jetzt befinden, ist eins zu eins ein Resultat Ihrer arroganten

Haltung und der Vorstellung der Unfehlbarkeit einer Sachsen-CDU.

(Beifall bei den LINKEN und  
vereinzelt bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an einigen wenigen Beispielen verdeutlichen, worin wir Defizite sehen. Nehmen wir zum Beispiel das zarte Pflänzchen Vereinfachung und Transparenz. Das ist echt in Gefahr. Als bestes Beispiel können wir hier den Einzelplan 08 des Sozialministeriums zur Hand nehmen. Erneut werden wieder viele Titel und Erläuterungspunkte – wie bereits in der Vergangenheit – umgesetzt. So ist kein Plan des Sozialministeriums erkennbar, aber selbst die Kritik daran wird erschwert, weil das Tabellenwerk unübersichtlich und mit den Vorjahren schwer vergleichbar ist. Wir schließen daraus: Das ist Absicht – oder?

Sie, meine Damen und Herren der regierungstragenden Fraktionen, können sich auf eine üppig ausgestattete Ministerialbürokratie verlassen. Wir in der Opposition schieben Nachtschichten, um mit 600 Zeilen langen Excel-Tabellen ansatzweise den Überblick zu behalten. So geht man nicht mit dem Parlament um!

Der abnehmende soziale Zusammenhalt wird zwar oft beklagt, aber im Sozialhaushalt findet sich trotz einer sehr, sehr guten Kassenlage keine erwähnenswerte Idee und kein besonders neuer Ansatz, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit weiteren Methoden, Mitteln oder Ansätzen landesweit zu fördern.

(Beifall bei den LINKEN)

Es bleibt im Großen und Ganzen alles beim Alten, nur eben an anderer Stelle.

(Zuruf des Abg. Sebastian Fischer, CDU)

Kommen wir zur Bildung. Zusätzliche Lehrerstellen begrüßen wir ausdrücklich. Das ist schon lange eine Forderung der LINKEN. Sie bilden aber noch lange nicht die benötigten Stellen bei steigenden Schülerzahlen und vermehrten Altersabgängen ab und schon gar nicht eine notwendige Weiterentwicklung an sächsischen Schulen.

Im Haushalt fehlen vollständig die Mittel für die Zulagen für Lehrkräfte jenseits der 42 als Ausgleichszahlung zur Verbeamtung. Den Medien haben wir entnehmen können, dass Minister Piwarz das tatsächlich – meinen Respekt! – in Erwägung gezogen hatte, aber von der Tarifgemeinschaft der Länder kein grünes Licht für seinen Plan erhalten hat.

(Zuruf des Abg. Patrick Schreiber, CDU)

An dieser Stelle mein Appell an ihn: Lassen Sie nicht nach! Verfolgen Sie diese Idee weiter! Verbessern Sie Ihren Vorschlag, und ziehen Sie sich nicht auf die mit großem Beurteilungsaufwand verbundenen Beförderungämter für einige wenige Lehrkräfte zurück! Für die Herausforderungen brauchen Sie alle Lehrerinnen und Lehrer. Lassen Sie nicht einen Großteil frustriert zurück!

(Zuruf des Staatsministers Christian Piwarz)

Die überfällige Maßnahme der Anhebung der Stellenzahl im Grundschulbereich ist richtig. Sie kommt aber aus der Not heraus und ist keine Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer. Das allerdings ist typisch für Sie, und leider wird die Stellenzahl für den Vorbereitungsdienst nur fortgeschrieben und bildet nicht den zukünftigen Bedarf ab.

Für die zwingend nötige Ausweitung der Kapazitäten der Lehramtsausbildung an den sächsischen Universitäten werden die Stellenmehrung und -schiebung der kw-Vermerke in Chemnitz allein nicht ausreichen.

Zu den Ganztagsangeboten nur so viel: Ihr mangelndes Verständnis für die Bedeutung von Sportunterricht und musischer Bildung hat mich, ehrlich gesagt, entsetzt.

(Beifall der Abg. Dr. Jana Pinka, DIE LINKE)

Ich komme zum Kita-Bereich. Die mit der Änderung des Kita-Gesetzes vorgesehene Einführung der sogenannten Vor- und Nachbereitungszeit ist ein kleiner Schritt. Es darf aber nicht Stückwerk bleiben, sondern muss zu einer weiteren schrittweisen Verbesserung des Betreuungsschlüssels, so wie wir es in unserem Gesetzentwurf vorgesehen haben, führen.

Nun zur Kultur. Eigentlich ist es sehr erfreulich, dass Sie sich nach der lauten Kritik aus den Kulturräumen, den Theatern und den Orchestern dieses Landes endlich dazu durchgerungen haben, diesen etwas unter die Arme zu greifen. Doch selbst für ordentliche Tarife in allen Theatern und Orchestern wird das wohl kaum ausreichen. Unsere Kritik an der zeitlichen Begrenzung haben wir deutlich gemacht.

Auch ist die Forderung, die Verbesserung der Einkommen über zwei Jahre nach Ende der Strukturmaßnahmen aufrechtzuerhalten, realitätsfremd. Die Kulturräume, die sich das jetzt schon nicht leisten können, sollen das dann allein richten können? Sie kehren immer die Wichtigkeit der kulturellen Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt heraus und vergessen – ganz salopp gesagt – die vielen Musikschulen und ihre Schülerinnen und Schüler, indem Sie die Höhe der Mittelzuweisungen weiter einfrieren und nicht einmal einen Inflationsausgleich zustande bringen. Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht anders.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich komme zur Hochschule. Am Zielkonflikt der Hochschulen ändert sich weiterhin nichts. Die Staatsregierung erwartet von den Hochschulen weitere Aufgabenmehrung, ohne ihnen die ausreichenden Mittel dafür in die Hand zu geben. Vielmehr müssen diese von den Hochschulen selbst erbracht werden. Die unzureichende Finanzierung sächsischer Hochschulen schafft – um nur eine Auswirkung anzusprechen – ein akademisches Prekariat: Das sind Dozenten, Assistenten, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Lehrkräfte für besondere Aufgaben,

(Zuruf des Abg. Dr. Stephan Meyer, CDU)

die zwar den Hochschulbetrieb am Laufen halten, ohne dafür aber eine entsprechende Bezahlung und eine dauerhafte Stelle zu erhalten. Die Herausforderung an den Haushaltsgesetzgeber besteht also darin, für eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen zu sorgen, die unabhängig von Exzellenzinitiativen oder Drittmitteln für optimale Lehre und Forschung sorgt, wenn gewollt ist, dass das als staatliche Aufgabe weiterhin wahrzunehmen ist.

Nach Ihrer Logik können wir dann aber auch die komplette Hochschullandschaft privatisieren, denn dann würden Sie sich und uns diese immer wiederkehrenden Debatten um die Finanzierung ersparen. Sparen ist voll Ihr Ding. Das haben wir zumindest in den letzten Jahren gelernt.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich komme zu den wichtigen Aufgaben des Datenschutzbeauftragten. Dort ist ein Stellenaufwuchs von 22 auf 25 Stellen geplant. Das ist viel zu wenig, denn die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung und der Datenschutzrichtlinie für den polizeilichen und justiziellen Bereich ist noch längst nicht abgeschlossen. Der Datenschutzbeauftragte hat kaum noch Zeit für sein laufendes Geschäft. Auch hier geht die Minderausstattung auf das Konto der CDU – in Person des Fraktionsvorsitzenden, der den Datenschutz auf das Vehementeste bekämpft.

Ich komme zu dem heißen Thema Migration. Vor der Sommerpause haben wir in diesem Hohen Haus über die Fortschreibung des Zuwanderungs- und Integrationskonzepts diskutiert. Unsere Kritik war schon damals deutlich: Wenn wir gleiche Teilhabechancen für alle haben wollen, brauchen wir einen verbindlichen Maßnahmenplan mit Verantwortlichkeiten und Finanztiteln. Jetzt sind 300 000 Euro für die Umsetzung von ZIK II eingestellt. Das ist doch nicht Ihr Ernst, oder ist es ein Kniefall vor Rechtsaußen?

Ich komme kurz zum Bereich Umwelt und Landwirtschaft. Dass es neben dem Hochwasserschutz noch weitere Herausforderungen gibt, die Sie nicht auf dem Schirm haben, scheint zu Ihrer Strategie zu gehören: Was ich nicht sehen will, existiert auch nicht!

(Sebastian Fischer, CDU: Zum Beispiel?)

Dabei sollten selbst Ihnen inzwischen die Folgen des Klimawandels, wie zum Beispiel in diesem Jahr, bekannt vorkommen. Auch dass Sie den Kohleausstieg endlich gesetzlich begleiten, wäre an der Tagesordnung. Wichtig ist, den Strukturwandel nicht nur mit Bundesmitteln umzusetzen; auch der Ausbau der erneuerbaren Energien darf nicht behindert werden.

Ich komme zu meinem Lieblingsthema, den Fonds und Sondervermögen, auch hier weiter unter dem Motto des Haushaltsentwurfs: Viel Geld und wenig Ideen! Investitionsmittel werden nicht etwa, wie es das Haushaltsrecht vorsieht, für einzelne Vorhaben veranschlagt, nein, es

werden wieder Sondervermögen gebildet oder verstärkt. Beim Sondervermögen Zukunftssicherungsfonds verzeichnen wir eine Erhöhung der Mittel um 456 Millionen Euro, weiterhin einen Strauß an Investitionsbereichen und als einzige Änderung: Digitales wird verschoben und Kita kommt hinzu.

Der Breitbandfonds wird neu gebildet. Hier sollen die Aktivitäten im Breitbandausbau gebündelt werden. Offensichtlich ist das Wirtschaftsministerium mit der Aufgabe der Digitalisierung überfordert.

Der Fonds zur Rettung und Umstrukturierung von sächsischen Unternehmen wird künstlich hochgerechnet. Das Ausschöpfen dieses Fonds ist rückläufig. In den Jahren 2016/2017 ist nicht einmal die Hälfte des Plans für die Jahre 2018/2020 abgerufen worden. Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen dabei um 17 % bei gleich avisiertem Mittelabfluss. Haben Sie hier noch nie über eine Evaluierung nachgedacht?

Die Auflösung des Braunkohlesanierungsfonds hingegen ist eher fragwürdig, denn sein Zweck ist noch lange nicht erfüllt; im Gegenteil, hier schlummern noch Risiken für den sächsischen Steuerzahler auf Landesbankniveau.

Das Herauslösen der Haushaltsmittel in Sondervermögen ist ein sehr beliebtes Mittel der Staatsregierung und wird immer wieder vom Rechnungshof kritisiert, weil es die Nachvollziehbarkeit und Transparenz und damit das Parlament schwächt. Stattdessen wird die Eigenmächtigkeit der Regierung gestärkt. Hierzu freue ich mich auf die kritischen Worte des Rechnungshofs.

Noch ein Wort zum Garantiefonds, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dazu hätte ich schon ein Konzept erwartet, über welches der Landtag als Haushaltsgesetzgeber entscheidet; denn es geht schließlich um mehr als 800 Millionen Euro, die übrig sind. In den Erläuterungen zum Wirtschaftsplan des Garantiefonds lesen wir, dass bereits im Jahr 2018 überplanmäßige Entnahmen aus dem Fonds in Höhe von 800 Millionen Euro erfolgen sollen. Im Kostenblatt zum Breitbandfonds lesen wir von einer Zuführung in Höhe von 300 Millionen Euro aus den nicht mehr benötigten Mitteln. Hierzu erwarte ich nähere Erläuterungen des Finanzministers.

Ich komme zu einem Dauerbrenner, dem Bildungsticket. Unseren Glückwunsch zum Platzhalter, lieber Kollege Dulig! Wir bieten schon jetzt unsere Hilfe an, um ein echtes Bildungsticket im Freistaat umzusetzen, ohne die Familien und die Landkreise zusätzlich zu belasten.

Ich komme kurz zum Haushaltsbegleitgesetz, das von uns liebevoll „Absurdistan“ genannt wird. Zu Artikel 10, Aufhebung des Sächsischen Personalvermittlungsgesetzes: Hier war es offensichtlich der Plan der Staatsregierung, Landesbedienstete ohne ihre Kenntnis bzw. gegen ihren Willen an andere Behörden zu vermitteln. Dass die Regierung dieses Ansinnen aufgibt, unterstützen wir ausdrücklich.

Ich komme zum Kommunaleigenverantwortungsstärkungsgesetz. Dem Sozialministerium sollen weitere

Modellversuche ermöglicht werden, um pauschalierte, zweckgebundene Zuwendungen im Sozialbereich an die Kommunen auszuschütten. Die kommunale Eigenverantwortung wird am besten gestärkt, indem eine den Aufgaben angemessene Finanzausstattung gesichert wird.

Artikel 19, Änderung des Gesetzes über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes in den Jahren 2018 bis 2020: Der ganze Stolz der Koalition muss schon wieder nachgebessert werden.

Nicht zuletzt noch ein Beispiel zum Sächsischen Gewässerunterhaltsunterstützungsgesetz. Dieses Gesetz dient zur Einführung einer auf zwei Jahre befristeten Gewässerunterhaltsunterstützungspauschale. Kompliment an die Ministerialbürokratie. Es vermag nicht die Defizite in der Gewässerunterhaltung der Gewässer II. Ordnung zu kompensieren, denn sie haben ganz andere Ursachen. Die Kommunen haben keine Gewässerunterhaltungspläne aufgestellt und Verbände wurden kaum gegründet. Es gibt fast keine Gewässerunterhaltungssatzung und zudem sind die 10 Millionen Euro herausgeworfenes Geld, weil es – hören Sie zu! – an Struktur und Einheit aus Gewässerunterhaltung, präventivem Hochwasserschutz und Gewässerbewirtschaftung nach EU-Wasserrahmenrichtlinie in Sachsen immer noch fehlt.

Nach Einschätzung des Landkreistages wäre eine vereinfachte Förderung über das FAG möglich gewesen und hätte dieses Gesetz nicht bedurft.

(Beifall bei den LINKEN)

Wir haben hier Vorschriften, die im Zweifel in das Aufgabengebiet der Bürokratieabbaukommission von Minister Dr. Haß, also die Kommission zur Vereinfachung und Verbesserung von Förderverfahren, passen. Vielleicht kann aber die Landtagsmehrheit hier noch eingreifen, bevor größerer Schaden entsteht.

Leider ähnelt auch das Haushaltsbegleitgesetz eher einem Reparaturbetrieb. Für neue, innovative, das Land voranbringende Ideen haben Sie gar keinen Platz. Es bleibt dabei: Viel Geld und wenig Ideen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Forderungen nach einem zeitgemäßen Haushalt zum öffentlichen Gesundheitsdienst, zum ÖPNV, zu den Lehrern, zur Kita, zum Funktionieren des Staates, zur Fördervereinfachung und zur finanziellen Ausstattung der Kommunen haben wir im letzten halben Jahr bereits mehrfach hier vorgetragen, aber ich kann es gern noch einmal zusammenfassen.

Wir als Gesetzgeber haben nur für zwei Dinge zu sorgen: Der Staat muss funktionieren und seinen Job machen, und die Kommunen müssen in der Lage sein, den Menschen vor Ort ein lebenswertes Leben zu bieten, das heißt, alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden selbstverständlich so ausfinanziert und unterstützt, dass den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern genügend Handlungsspielraum bleibt, zusätzliche Dinge zu tun, weil sie nicht um die täglichen Dinge kämpfen müssen. Dazu gehören ein flächendeckender ÖPNV und attraktiver

Ausbildungsverkehr, ein öffentlicher Gesundheitsdienst sowie die ärztliche Versorgung in allen Regionen.

Dazu gehören genügend ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Pflegekräfte.

Dazu gehört die Möglichkeit – für alle! –, kulturelle und sportliche Angebote zu nutzen.

Dazu gehören eine personell und sachlich gut ausgestattete und gut ausgebildete Polizei und Justiz sowie eine Verwaltung, die ermöglichen statt reglementieren will.

All dies und vieles mehr kann man mit einem Haushalt regeln, wenn man den Mut und die Ideen dazu hat. Ihnen fehlt trotz Rekordsummen leider beides. Wir werden mit unseren Änderungsanträgen zeigen, wie ein sozial gerechtes Sachsen aussähe, wenn nicht mehr die CDU den Finanzminister stellen würde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN und der  
Abg. Franziska Schubert, GRÜNE)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Die Aussprache begann mit Frau Kollegin Meiwald für die Fraktion DIE LINKE. Es folgt jetzt für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kupfer.

**Frank Kupfer, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Meiwald, hübsches Kleid!

(Heiterkeit bei der CDU – Oh! bei den LINKEN)

Das war aber auch das einzig Positive an Ihrer Rede – leider.

(Susanne Schaper, DIE LINKE: Chauvinismus!)

Wie von der Opposition nicht anders zu erwarten: Es gab ein Schlechtreden. Die Verantwortlichkeiten wurden ignoriert. Ich bin nur froh, dass Sie seit den über 27 Jahren, seit es den Freistaat Sachsen wieder gibt, in der Opposition sitzen und nicht den Finanzminister stellen. Das Land hat sich nämlich seit 1990 gut entwickelt.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu Beginn meiner Ausführungen erneut bei den Steuerzahlern bedanken. Ohne die Steuerzahler, ohne die Menschen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, und ohne die vielen Unternehmer, die trotz der Rahmenbedingungen mit Bürokratie usw. die Arbeitsplätze anbieten, hätten wir die Haushaltsmittel nicht zur Verfügung. Ein herzlicher Dank für die geleistete Arbeit! Wir als CDU-Fraktion versprechen, das Geld so einzusetzen, das es dem Bürger nützt und den Freistaat Sachsen weiter voranbringt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das Wort „solide“ bzw. „solid“ kommt aus dem Französischen und bedeutet „echt“, „gediegen“, „haltbar“. Im Sprachgebrauch werden mit diesem Adjektiv auch die Eigenschaften charakterfest, zuverlässig, dauerhaft,

maßvoll und geordnet verbunden. Solide Finanzpolitik – das ist ein Markenzeichen der CDU-Fraktion im Freistaat Sachsen seit 1990, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Diese Wertebeständigkeit ist eine Grundlage für nachhaltige, generationenfeste Politik. Uns war und ist stets wichtig, dass der Steuerzahler, dass die sächsischen Unternehmen und die Arbeitnehmer, dass jeder Sachse, der einer beruflichen Tätigkeit nachgeht, von den Ausgaben des Staatshaushaltes profitiert. Das ist unser eigener Anspruch an Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit gegenüber unseren Wählern und damit natürlich auch gegenüber den Steuerzahlern. Wir sehen in unserem politischen Handeln eine gesellschaftliche Verantwortung und die Pflicht, auch künftigen Generationen die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit zu bewahren.

Das Geschrei der Opposition – ich will jetzt bewusst nicht „Kritik“ sagen –, dass der Freistaat Sachsen sich zu Tode spare, ist absolut fehl am Platz. Es zeugt von einem Selbstverständnis des Umgangs mit staatlichen Geldern nach dem Motto: Wir leben heute. Was geht uns das Elend von morgen an?

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Halten Sie gerade die Rede von vor zwei Jahren?)

Davon hat Frau Meiwald nicht gesprochen! –

Mirko Schultze, DIE LINKE:  
Schicker Anzug, den Sie tragen!)

Das ist nicht nur bedenklich, meine Damen und Herren. Das ist in höchstem Maße unverantwortlich!

(Beifall bei der CDU)

Die Sachsen, die Bürger können sich auf die Sächsische Union verlassen. Wir versprechen nur das, was wir auch halten können. Wir stellen uns den Herausforderungen und bringen die Bedarfe in Einklang mit dem Machbaren. Natürlich gibt es dafür nicht immer und nicht von jedem Beifall. Das wissen wir aus den vergangenen Jahren. Manchmal sind auch schwierige Entscheidungen zu treffen, die Einzelnen wehtun. Aber wenn die Entscheidungen wichtig sind, um das Land insgesamt zukunftsfähig zu machen und nach vorn zu bringen, ist es richtig, sie zu treffen.

Mit diesem Doppelhaushalt legen wir besonderes Augenmerk auf die Schaffung finanzieller Freiräume. Wir brauchen diese Freiräume, das heißt eine gewisse Vorsorge, um auf unerwartete Ereignisse auch finanziell reagieren zu können. Das Schaffen finanzieller Freiräume ist umso wichtiger, nachdem wir dankenswerterweise das Verschuldungsverbot in unserer Verfassung verankert haben.

Ein solches unerwartetes Ereignis erleben wir gerade mit der Trockenheit in unserem Land. Wir werden den Landwirten helfen, auch helfen müssen. Ich erinnere aber auch an die Hochwasserereignisse von 2002, 2010 und 2013. Ohne eine gewisse Rücklage hätten wir schon damals nicht reagieren können, ohne Schulden aufzunehmen. Das

mussten wir nicht tun, eben weil wir Vorsorge getroffen hatten. Diese selbstverordnete, vorausschauende Flexibilität hat Sachsen immer ausgezeichnet. Das ist unsere Stärke. Nach dem Willen meiner Fraktion bleibt das so.

Schon im vergangenen Jahr haben wir uns in der Fraktion zusammengesetzt und über den Doppelhaushalt beraten. Dabei haben wir die für uns wichtigen Eckwerte festgelegt und sie der Staatsregierung mitgeteilt. Ein Eckpunkt war der Schuldenabbau. Ich bin dankbar, dass wir zumindest die 75 Millionen Euro Schuldentilgung wieder im Haushaltsentwurf stehen haben. Ich mache aber kein Geheimnis daraus, dass ich mir angesichts dieses Rekordhaushalts einen höheren Betrag dafür gewünscht hätte.

Wichtig war für unsere Fraktion auch die Beibehaltung der Investitionsquote. Dafür, dass sie wieder sehr hoch angesetzt ist, geht unser Dank an die Staatsregierung.

40,7 Milliarden Euro – das ist das Volumen dieses Doppelhaushalts. Es ist in der Geschichte des Freistaates Sachsen der größte Haushalt, den wir verabschieden werden.

Für mich sind diese 40,7 Milliarden Euro das Maximale, was wir beschließen können. Es wird eine spannende, interessante Diskussion geben. Es wird auch weitere Begehrlichkeiten geben; dessen bin ich mir sehr sicher. Wir haben es bisher hinbekommen, verantwortliche Haushaltspolitik zu machen. Wir suchen ständig nach Möglichkeiten, wie man den Haushalt noch besser ausgestalten kann. Ich bin mir sicher, dass wir auch mit diesem Doppelhaushalt so verfahren werden.

Ich erhoffe mir, dass nach der Verabschiedung die Umsetzung des Haushalts mit weniger Bürokratie erfolgt. Die Förderprogramme sollten gestrafft werden. Minister Prof. Wöller hat in dieser Woche mit der Förderrichtlinie Städtebau ein positives Beispiel gegeben. Roland, vielen Dank dafür! Die gemeindewirtschaftliche Stellungnahme entfällt. Das ist eine große Hilfe für die kommunale Ebene. Auf diesem Wege muss es weitergehen.

(Beifall bei der CDU, den Abg. Thomas Baum und Volkmar Winkler, SPD, sowie der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Wir werden das Fachpersonal in der Verwaltung effizienter einsetzen müssen. Wir müssen es auch von zusätzlichen Aufgaben entlasten. Ich habe die Zahlen schon einige Male in diesem Hohen Hause genannt und möchte heute nur auf einen Punkt hinweisen: Wir werden ein Fachkräfteproblem haben – wir in der Staatsverwaltung und auch die Wirtschaft. Wir können es uns nicht leisten, Fachpersonal mit unnützen Aufgaben zu belegen. Jeder, der hier arbeitet, muss effizient und zielorientiert arbeiten. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen ist auch Aufgabe des Sächsischen Landtags, aber insbesondere der Verwaltung. Der Aufwuchs an Personal, den wir in diesem Doppelhaushalt zu verzeichnen haben – 2 500 Stellen –, widerspiegelt die Notwendigkeit. Die Aufgaben der Polizei, der Lehrer und des Justizvollzugs sind gewachsen. Es gilt sicherlich auch

Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Aber, Frau Meiwald, es ist eben nicht richtig,

(Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE: Das ist sehr wohl richtig! Fehler muss man korrigieren!)

dass nur die CDU-Fraktion oder die bisherigen Koalitionen daran schuld seien.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Wer regiert denn hier seit 28 Jahren?)

Vergessen Sie nicht die veränderten Rahmenbedingungen, etwa die Rente mit 63. Wenn wir das vor 15 Jahren gewusst hätten, hätten wir natürlich anders reagiert.

(Zuruf von den LINKEN: Sie hätten sich rechtzeitig die Statistik anschauen sollen!)

Hätten Sie uns vorhergesagt, dass wir eine so hohe Zahl an Migranten bekommen, für die wir auch zusätzliches Personal brauchen, hätten wir ebenfalls anders reagiert.

(Unruhe bei den LINKEN)

Eines bitte ich Sie, gerade Sie von den LINKEN, nicht zu vergessen: Die Gewerkschaften hatten damals, als wir zu viele Lehrer im System hatten, ein entscheidendes Mitspracherecht.

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Na klar, die Gewerkschaften haben Schuld!)

Die Maßnahme „70 plus x“ ist damals mit den Gewerkschaften ausgehandelt worden. Es wurde eben nicht „60 plus x“ ausgehandelt, um einen breiteren Korridor zu haben und mehr neue Leute einstellen zu können.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch der Abg. Cornelia Falken, DIE LINKE)

Das verschweigen Sie immer gern. Aber es gehört zur Wahrheit ganz einfach dazu.

(Zuruf der Abg. Cornelia Falken, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! 2 500 Stellen zu finanzieren kostet circa 1,5 Milliarden Euro. Diese 1,5 Milliarden Euro kann man nicht aufbringen, ohne einen Griff in die Rücklagen zu tun. Das ist etwas, was Sie sich noch einmal bewusst machen sollten. Wir haben nicht so viel Geld, dass wir es aus dem Ärmel schütteln und eben mal 2 500 Stellen mehr leisten können. Wir müssen sie auch finanzieren, und das finanzieren wir aus den Rücklagen. Das hat auch Risiken. Ich habe es gerade beschrieben.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Die Gesamtbilanz kann sich trotzdem sehen lassen. Wir haben weniger Bevölkerung und folglich einen Einnahmerückgang von Bundesseite. Wir haben das Glück, dass wir im Augenblick sprudelnde Steuereinnahmen haben. Aber es gilt, nicht leichtsinnig zu werden, sondern es gilt weiterhin die Fortsetzung der Generationenvorsorge, die Transparenz im Umgang mit den Steuermitteln. Sachsen, das sage ich auch noch einmal – der Finanzminister hat es schon gesagt –, erwirt-

schaftet eben erst 60 % des Gesamtvolumens eigenständig, 40 % sind immer noch Zuweisungen. Diese 40 % Zuweisungen sollten uns auch etwas bescheiden in den Forderungen machen. Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, dass wir manchmal Wohltaten verteilen, die wir nicht selbst finanzieren, sondern die andere Bundesländer finanzieren und damit der Steuerzahler aus anderen Bundesländern. Ein wenig Bescheidenheit ist auch dabei angebracht.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Von wem reden Sie?)

– Ich rede nicht von meiner Fraktion, Kollege Fraktionsvorsitzender, sondern von den Forderungen, die von Ihnen mit Sicherheit wieder kommen werden.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Die Prioritätenliste unserer Fraktion steht. Im Haushalt sind uns die Bildung, die innere Sicherheit, die medizinische Versorgung, die Verbesserung der Infrastruktur, ländlicher Raum, aber eben auch die Wirtschaft wichtig. Die Unterstützung der Wirtschaft ist uns wichtig, weil das die Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir auch in den nächsten Jahren weiterhin so solide Finanzen haben werden und die Steuereinnahmen in Sachsen weiter sprudeln.

(Beifall des Abg. Andreas Nowak, CDU)

Wir brauchen gut ausgebildete Fachleute in den Betrieben, aber auch in der Verwaltung. Wir brauchen intakte und gut aufgestellte Kommunen. Auch dazu trägt der Entwurf des Doppelhaushalts bei.

Wir machen keine Versprechungen, meine Damen und Herren, sondern wir definieren klare Aufgaben. Diese klaren Aufgaben hatte ich gerade skizziert. Bildung und Forschung ist das Hauptthema. Das hat der Finanzminister bereits gesagt. 12,7 Milliarden Euro, das sind 31 % des Haushalts, also fast ein Drittel, gehen in Bildung und Forschung. Wir werden die Oberschulen weiter stärken. Ich erinnere nur an die Praxisberater, die wir finanzieren. Nach den Sozialarbeitern werden auch noch Praxisberater an den öffentlichen Oberschulen sein. Das ist eine Forderung der Wirtschaft, und diese berechtigt. Die Wirtschaft braucht Nachwuchs und Nachwuchs muss gesteuert und gelenkt werden. Es ist immer noch Tatsache, dass viele Jugendliche irgendeine Lehrstelle antreten, bei der sie denken, sie könnte ihnen gefallen und da bekomme man viel Geld. Irgendwann stellen sie fest, nach einem halben oder einem Jahr, dass es doch nicht das Richtige ist, und sie machen etwas anderes.

Das muss der Vergangenheit angehören. Berufsorientierung muss in den Oberschulen, aber auch zum Teil in den Gymnasien stattfinden, damit solche Abbrecher und Lehrstellenwechsel der Vergangenheit angehören. Wir können es uns nicht leisten, die Jugendlichen in eine Warteschleife von einem oder anderthalb Jahren zu bringen. Die müssen aus der Schule raus, einen ordentli-

chen Facharbeiter machen, um dann ihren Mann oder ihre Frau in den Betrieben zu stehen.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch eines klarstellen: Die CDU-Fraktion hält unverrückbar am gegliederten Schulsystem fest.

(Zuruf der Abg.  
Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE)

Die wahre Herausforderung unserer Schulpolitik habe ich gerade beschrieben: Kernvoraussetzung für eine gute Schule ist qualitativ guter Unterricht.

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Genau! –  
Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Das ist nicht abhängig von der Struktur, meine Damen und Herren. Das bestätigt uns auch der renommierte Bildungsforscher Olaf Köller, Direktor des Institutes für Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik in Kiel.

(Zurufe der Abg. Jörg Urban, AfD,  
und Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Die sächsischen Schüler erreichen stets gute Ergebnisse bei Ländervergleichen. Wir haben das erst in dieser Woche wieder beim Bildungsmonitor 2018 gesehen. Zum 13. Mal hintereinander belegt Sachsen in Deutschland Platz 1.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Diese andauernden verfälschten Vorhaltungen, Finnland ist hier und Deutschland ist da, stimmen schon. Aber innerhalb Deutschlands ist Sachsen sehr gut und damit auf Augenhöhe mit Finnland. Das, meine Damen und Herren, bitte ich bei der Diskussion immer zu berücksichtigen.

(Heiterkeit der Abg. Iris Raether-Lordieck, SPD)

Unsere Stärken liegen im Bereich der Förderinfrastruktur. Das Förderschulsystem in Sachsen, das möchte ich bei der Diskussion um die Inklusion immer wieder mit in den Gedanken haben, zeigt, dass die Förderinfrastruktur in Ordnung ist. Inklusion im Freistaat Sachsen funktioniert.

(Cornelia Falken, DIE LINKE:  
Aber nicht die Umsetzung!)

Die Schulqualität ist ein Bereich, in dem wir sehr gut abschneiden, und auch bei der Vermeidung von Bildungsarmut. Das ist gerade das, was Ihr uns immer fälschlicherweise unterstellt: dass nicht jeder Schüler in Sachsen die gleichen Chancen hat.

(Der Redner wendet sich  
an die Fraktion DIE LINKE.)

Auch Kinder aus Hartz-IV-Familien, wenn ich das einmal so pauschal sagen darf, haben die gleichen Chancen wie Kinder einer Arztfamilie. Das haben nicht wir festgestellt, das ist von außerhalb festgestellt worden und in dieser Studie festgeschrieben.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung –  
Widerspruch bei den LINKEN)

Unsere Schulen, meine Damen und Herren, bieten für jede Neigung das richtige Angebot und sie sind durchlässig. Das, meine Damen und Herren, verstehen wir unter einem gerechten Bildungssystem; deshalb keine Abgabe der Länderkompetenz Bildung an den Bund. Wir sind spitze und orientieren uns nur an den Erfolgreichen.

(Zurufe der LINKEN)

Die Erfahrung lehrt uns: Leistung zahlt sich durch Fordern und Fördern aus.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Im Ergebnis stelle ich fest: Der eingebrachte Doppelhaushalt ist ambitioniert, aber ausgewogen. Für meine Fraktion darf ich allen versichern, dass wir uns vor keiner Herausforderung scheuen und auch in Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen mit den uns anvertrauten Staatsfinanzen zum Wohle des Landes und damit der sächsischen Bürger umgehen werden.

(Beifall bei der CDU, der  
SPD und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Das war die CDU-Fraktion. Es sprach Kollege Kupfer. Jetzt ergreift für die SPD-Fraktion Kollege Panter als Nächster das Wort.

**Dirk Panter, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Doppelhaushalt ist ein Meilenstein in der moderneren sächsischen Geschichte. Und das eben nicht, weil wir erstmals die 20-Milliarden-Euro-Marke im Jahr 2019 reißen werden – das hat auch der Finanzminister schon ausgeführt, unterm Strich: Geld ausgeben ist noch keine Politik –, sondern weil es darum geht, was in diesem Haushalt steckt. Dieser Haushalt ist ein Meilenstein, weil der Rasenmäher ausgedient hat und diese Kürzungspolitik der Vergangenheit wirklich ein Ende hat und wir als Koalition einen handlungsfähigen Freistaat schaffen, der für seine Bürger funktioniert.

(Beifall bei der SPD und der Staatsregierung)

Der heutige Tag wird Auftakt für viele Diskussionen in den nächsten Monaten sein. Im Doppelhaushalt stecken viele große Fragen, kleine Details, über die wir diskutieren können und auch werden. Ich kann aber jetzt schon konstatieren, dass dieser Regierungsentwurf die Arbeit der Koalition nach vier Jahren klar erkennbar macht. Es ist immer wieder gesagt worden, wir sind eine Problemlöserkoalition, und das zeigt sich auch. Wir beseitigen kleine und auch große Ungerechtigkeiten.

(Zuruf von den LINKEN)

Das mag manchen gefallen oder eben auch anderen nicht – speziell der Opposition –, aber ich bin fest davon überzeugt, dass es auf jeden Fall richtig ist.

Ich sage aber auch immer wieder: Wir dürfen nicht vergessen, woher wir kommen. Denken wir zurück an das Jahr 2014: Wir haben als SPD vor der Wahl 2014 deutlich gemacht, dass dieser Freistaat ein attraktives Land ist, dass wir aber noch Luft nach oben haben. An allen Ecken und Enden fehlten damals Lösungen bei den Lehrern, bei der Polizei, bei den Kommunen, und gemeinsam hat die Koalition aber auch entschlossen gehandelt, Lösungen vorgestellt und gezeigt, dass es anders geht. Jetzt ist es der dritte Haushalt, den wir in dieser Legislatur gemeinsam beschließen.

Der erste Doppelhaushalt 2015/2016 war davon geprägt, dass wir Fehler offen angesprochen und begonnen haben, sie zu korrigieren. Der nächste Doppelhaushalt 2017/2018 stand in der Mitte des Weges. Da haben wir vieles schon geschafft, aber auch neue Pläne entwickelt. Wir haben weitere Probleme gelöst und auf Zukunft gesetzt.

Jetzt sage ich aber ganz deutlich – und das ist vielleicht ein Punkt, bei dem ich mir mit Kollegin Meiwald einig bin –: Wir können als Koalition kein Lob erwarten, wenn wir reparieren, wenn wir teilweise auch hausgemachte Probleme beheben. Das stimmt. Reparieren ist aber trotzdem wichtig, weil die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, in einem Freistaat zu wohnen, der funktioniert, der für sie funktioniert, in dem so Grundlegendes wie Bildung und Sicherheit funktioniert.

(Beifall bei der SPD und der Staatsregierung)

Ich kann auch klar sagen: Unser Anspruch als Koalition ist es, dass wir die langfristige Entwicklung des Freistaates im Blick haben, dass wir die Weichen für den Erfolg Sachsens stellen. Das zeigt sich mit dem Neustart der Regierung unter Michael Kretschmer und Martin Dulig. Damit haben wir noch einmal deutlich Schwung aufgenommen und ein sehr straffes Arbeitsprogramm vorgegeben. Das spiegelt sich in diesem Doppelhaushalt wider. Das geht aber nur Schritt für Schritt. Man kann nicht an einem Tag all das verändern, was wir vorhaben. Aber es ist so, dass wir heute konstatieren können, dass sächsische Politik nach vier Jahren Schwarz-Rot völlig anders läuft.

Dafür gibt es unzählige Beispiele. Ich kann die Schulsozialarbeit nennen. Die Lehrerbildung ist langfristig gesichert. Wir haben ein Feuerwehropaket auf die Gleise gebracht, die Stärkung der Kulturräume etc. Es gibt sehr viele Beispiele, die ich nennen könnte. Ich werde noch auf einige eingehen.

Ich möchte aber zuvor noch etwas besonders Bemerkenswertes herausheben, das mich sehr gefreut hat. Das kann man natürlich als Notwendigkeit abtun, das ist richtig. Aber wir haben in den letzten Jahren hier sehr intensiv über das Thema Personal diskutiert, auch beim Haushalt immer wieder. Diese Trendwende, diese Transparenz beim Personal ist wirklich bemerkenswert. Erinnern wir uns doch einmal, wie schmerzlich diese Diskussionen um die 70 000-er Ziele waren. Wie eine Monstranz wurden sie vor sich hergetragen. Immer wieder sind sie durch die Reihen gegeistert. Die gesamte Grundhaltung,

die Stimmung in diesem Freistaat war auf Abbau geeicht – aus Angst vor fiskalischen Klippen. Diese fiskalischen Klippen – das sehen wir jetzt – waren eine Fata Morgana.

Wir haben uns als SPD immer dagegen gestellt, weil wir davon überzeugt sind, dass der Staat nur dann funktioniert, wenn das Personal den Aufgaben folgt. Das heißt nicht, dass wir immer nur Personal aufbauen. Wir müssen in diesem Freistaat eine ehrliche Aufgabenkritik durchführen. Mit der Basis, die wir jetzt haben, können wir das auch tun, weil diese Transparenz nun vorhanden ist.

Sie wissen, dass Herr Unland und ich keine wirklichen Freunde waren und uns an dieser Stelle immer viel gestritten haben. Aber die Realität gibt uns recht, wenn wir jetzt auf den Haushalt schauen. Wir haben die gesamten Kürzungsvermerke, die sogenannten kw-Vermerke, in diesem Haushalt komplett geschoben. Ziel ist es, sie komplett zu streichen. Dazu kommt die ehrliche Transparenz bei den Stellen. Wir werden in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 fast 92 000 Stellen ausweisen. Das heißt, jede Stelle, die in Sachsen existiert, ist in diesem Haushalt enthalten. Das ist eine neue Herangehensweise, wofür ich dem Staatsminister der Finanzen ausdrücklich danken möchte; denn das ist – ich kann es nur noch einmal betonen – die Grundlage dafür, dass auch in Zukunft das Personal den Aufgaben folgt und wir diesen Freistaat so gut organisieren können, dass die Bürgerinnen und Bürger zufrieden sind und gern hier leben.

(Beifall bei der SPD, der  
CDU und der Staatsregierung)

Dazu kommen viele Punkte, die angesprochen wurden, zum Beispiel die Demografiebrücken, indem wir uns darauf vorbereiten, dass die sächsische Bevölkerung immer älter wird. Deshalb brauchen wir diese Demografiebrücken. Wir brauchen aber auch die Ausbildungsöffensive mit 550 jungen Menschen, die ab 2019 in der Ausbildung in Landeseinrichtungen sein werden, und die fast 300 zusätzlichen Anwärter- und Referendarstellen im Justizbereich sowie ab nächstem Jahr 700 Polizeianwärter im Dienst. Das ist eine gute Leistung, die wir hervorheben können. Die sollten wir nicht einfach mit einer Generalkritik abtun, denn damit ist klar: Der Staatsabbau der Vergangenheit ist nicht nur irgendwie kosmetisch überdeckt. Er ist vorbei. Wir haben den Tanker Sachsen um 180 Grad gedreht.

(Wolfram Günther, GRÜNE: Na ja! –  
Zurufe von den GRÜNEN)

Ich finde, das kann man durchaus auch einmal anerkennen.

(Beifall bei der SPD, der  
CDU und der Staatsregierung)

Ich höre es schon wieder: Ja, viel zu wenig, viel zu langsam usw. Das ist natürlich Aufgabe der Opposition. Aber ich möchte noch einmal an drei Beispielen klarmachen, wo es Schritt für Schritt vorangeht und wir Dinge

verändert haben – vielleicht auch, um die Generalkritik von Frau Meiwald einzuordnen.

Thema Kita: Ich habe mich letzte Woche für Beitragsfreiheit in unseren sächsischen Kindergärten ausgesprochen. Das ist meine klare Meinung. Daraufhin hat sich zum Beispiel der Kultusminister gemeldet und davor gewarnt, dass wir Qualitätsverbesserungen in den Kindertagesstätten nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Ich muss sagen, das ist richtig. Darüber habe ich mich gefreut. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und auch für mich gilt immer, dass wir die Kostenfreiheit in Kitas oder an anderen Stellen nicht gegen die Qualität ausspielen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das ist doch vollkommen klar. Wir fordern auch nicht mehr Lehrer und dann gleichzeitig Schulgeld dafür.

Ich möchte, wenn wir beim Kita-Bereich sind, daran erinnern, dass wir bis 2015 keinerlei Verbesserungen hatten, was den Betreuungsschlüssel in sächsischen Kitas angeht. Wir haben im Rahmen der Koalitionsverhandlungen bis zum Schluss hart gerungen. Am Ende haben vier Personen diesen Gordischen Knoten durchschlagen. Sie sind alle hier anwesend: der Altministerpräsident Stanislaw Tillich, der amtierende Ministerpräsident, der Stellvertreter und meine Wenigkeit. Wir haben es gemeinsam mit den Fraktionen im Sächsischen Landtag geschafft, den Betreuungsschlüssel in Sachsen erstmals zu ändern.

Denken wir daran zurück, wie sehr das gefordert wurde. Wir kennen alle noch die Aktion „Goldener Schlüssel“, die in den Jahren 2012, 2013 und 2014 durchgeführt wurde. Das war ein großer Erfolg, und er ist ganz aktuell. Am 1. September 2018 wird der letzte, der vierte Schritt vollzogen. Wir werden in der Kinderkrippe auf 1 : 5 gehen. Das ist kein Pappentier.

Wenn wir uns an der Stelle um unsere Kinder kümmern und die Qualität über den Betreuungsschlüssel verbessern, denken wir auch an unsere Erzieherinnen und Erzieher. Deshalb haben wir das Ganze in vier Schritten gemacht. Wir können Fachkräfte nicht von heute auf morgen mit einer Betreuungsschlüsseländerung in die Kitas bringen.

(Zuruf der Abg.  
Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE)

Das geht nicht. Deshalb haben wir vier Schritte gemacht, und die Zeit gibt uns recht. Diese Schritte waren logisch und sinnvoll. Genauso ist der nächste Schritt. Wir denken auch an die Erzieherinnen und Erzieher, indem wir die Vor- und Nachbereitungszeit in den Haushalt aufnehmen. Dort handeln wir; denn es ist wichtig, dass wir an die Erzieherinnen und Erzieher denken.

Das alles ist kein Pappentier. Ich habe es gerade gesagt. Wir geben in diesem Haushalt über 700 Millionen Euro mehr aus als zu Beginn der Legislaturperiode – für die Qualität in der Kinderbetreuung, für bessere Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher.

Auch an die Städte und Gemeinden denken wir. Das Thema Kita-Pauschale klang schon an. 2014 lag sie bei

1 875 Euro pro Kind und Jahr. Davor wurde sie jahrelang nicht geändert oder nur einmal ganz kümmerlich. Zum Ende der Legislaturperiode wird sie bei über 3 000 Euro liegen. Dies entspricht einer Steigerung um mehr als 60 % ist das nichts? – Mitnichten!

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

Wenn ich bei den Kommunen bin, dann spreche ich etwas an, das wir in diesem Haushalt noch nachbessern werden; denn wir haben es vereinbart: ein Förderprogramm für Bildung für unsere wachsenden Städte und Gemeinden, denn diese gibt es in Sachsen zum Glück wieder. Dort müssen wir im Bereich Bildung speziell für Kindergärten und Schulen nachlegen und diese Städte und Gemeinden unterstützen. Wir haben in der Absichtserklärung vereinbart, dass wir ein breit angelegtes Förderprogramm mit einer langjährigen Planbarkeit, Planungssicherheit auflegen werden. Ich bin sicher, wir werden das in diesem Haushalt umsetzen.

Damit ist klar: Wir kümmern uns über den Betreuungsschlüssel um die Kinder, um die Erzieherinnen und Erzieher über Vor- und Nachbereitungszeit, um die Städte und Gemeinden über Kita-Pauschalen, über das Förderprogramm Bildung etc. Was in meinen Augen noch fehlt, sind die Eltern. Deshalb habe ich in der vergangenen Woche deutlich gemacht, was ich mir perspektivisch wünsche: die Beitragsfreiheit von Bildung; denn wir müssen an die vielen hart arbeitenden Familien denken, in denen beide Elternteile arbeiten und die trotzdem oft nur schwer über die Runden kommen. Für sie ist Beitragsfreiheit in den Kindergärten eine große Hausnummer.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werde ich mich dafür über den Haushalt hinaus einsetzen.

Es geht darum, die Dinge einmal in Perspektive zu setzen und nicht immer nur die einzelnen Punkte herauszugreifen, sondern deutlich zu machen, was diese Koalition über die Jahre macht. Das ist eine kontinuierliche Entwicklung, Schritt für Schritt.

Das kann man auch beim zweiten Beispiel ablesen: Thema Schule. Ich mache das jetzt etwas kürzer.

Wo standen wir denn 2014? Lehrerabbau und ungleiche Bezahlung. Die Koalition hat jetzt das Ruder herumgerissen. Wir haben mittlerweile mehr als 3 000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Wir haben ein neues Schulgesetz auf den Weg gebracht; die Mittel für Ganztagsangebote haben wir verdoppelt.

Die Schulsozialarbeit: Wie war das denn 2014? Wie viele Landesmittel hatten wir für Schulsozialarbeit 2014 im Haushalt? Ich erinnere mich gut daran: Es waren null Euro. Wir hatten nur Projektförderung über EU-Gelder. Und wie sieht es heute aus? Wir haben an allen sächsischen Oberschulen Schulsozialarbeit. Wir haben darüber hinaus auch ein Landesprogramm für Gymnasien, für Grund- und Förderschulen. Wir geben in Zukunft

30,5 Millionen Euro Landesgeld jedes Jahr für Schulsozialarbeit aus –

(Zuruf der Abg. Cornelia Falken, DIE LINKE)

nicht für jede Schule. Aber jetzt mal langsam: Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut – oder? Also, das kann man schon seitens der Opposition fordern, aber vielleicht kann man auch anerkennen, was wir tun. Das ist schon ärgerlich,

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

hier von einem Kollaps zu sprechen. Bei aller Liebe!

Der nächste Schritt ist dann auch das Handlungsprogramm, das wir auf den Weg bringen. Das allein sind wieder fast 650 Millionen Euro für 2019 und 2020. Darin sind unzählige Maßnahmen enthalten, um die Situation an den Schulen zu verbessern. Ich sage: verbessern, denn wir wollen auch ehrlich sein: Wir werden die schwierige Situation an unseren Schulen jetzt nicht unmittelbar lösen. Das geht nicht. Aber wir werden sie verbessern, das verdient auch Anerkennung, und werden sie perspektivisch – das kann ich Ihnen versprechen – auch lösen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

Jetzt bin ich bei meinem dritten Beispiel, den Kommunen. Auch da lohnt der Blick zurück auf 2014. Wie war das denn? Mein Eindruck war damals, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Land und Kommunen, speziell zu den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, schwer angeschlagen war. Ich habe viel gehört von zu viel Bürokratie, zu wenig Unterstützung, das Land blute aus. Wir haben viele Gespräche geführt. Wir haben das als Fraktion gemacht. Wir haben als SPD-Fraktion mit vielen Kommunalvertretern gesprochen, Martin Dulig ganz viel am „Küchentisch“ und jetzt die Regierung mit Michael Kretschmer mit dem Sachsgespräch. Alle Abgeordneten der Koalition hören zu.

Was hat sich daraus entwickelt? Wir haben das Programm „Brücken in die Zukunft“ aufgelegt, ein 800-Millionen-Euro-Investprogramm für Sachsen. Wir haben umgesteuert. Das schnelle Internet kommt. 100 % Eigenanteil der Kommunen wird übernommen.

Ein weiteres Beispiel, bei dem man die Entwicklung sieht, ist der kommunale Straßenbau. Was haben wir gemacht? Die Richtlinie für Straßenbau wurde deutlich entschlackt. Martin Dulig hat dafür zu Recht viel Lob bekommen. Darüber hinaus wurden die Mittel deutlich aufgestockt. Jetzt pauschalisieren wir noch einen großen Teil dieser Mittel in Absprache mit den Kommunen.

(Zuruf der Abg. Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE)

– Entschuldigung, wir haben das nicht heute für das letzte Jahr gemacht, weil das wenig Sinn hat. Wir haben das jetzt im Doppelhaushalt vorgesehen. Wenn DIE LINKE die Zeit zurückdrehen kann – was sie manchmal gern

möchte –, dann sagt uns bitte, wie das funktioniert. Ich kann es nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU – Zuruf der Abg. Uta-Verena Meiwald, DIE LINKE)

Ich erkenne gern ehrliche und sachliche Kritik an. Aber das ist mir manchmal schlicht zu einfach.

Ich bleibe bei den Kommunen. Es ist schon viel erwähnt worden, auch die 70 000 Euro für die Kommunen. Die Zuwendungen aus dem Finanzausgleichsgesetz sind auf einem historischen Höchststand. Es wirkt manchmal schon fast wie eine Randnotiz, dass wir dort mehrere Hundert Millionen Euro oben drauflegen.

Es fehlt mir die Zeit, alles aufzuzählen, was sonst noch wichtig wäre. Bei der Polizei haben wir sehr viel getan. Das klingt schon an. Bei den Hochschulen hat sich viel getan. Die Kultur steht auf deutlich solideren Beinen. Der Arbeitsmarkt boomt. Es gibt eine Planungssicherheit im öffentlichen Personennahverkehr bis 2027 usw. usf.

Sachsen rüstet sich für eine erfolgreiche Zukunft. Da lassen wir nicht locker. Wir arbeiten für alle Menschen, nicht nur in den Großstädten, auch für jene in den mittelgroßen Städten und auf dem Land. Wir werden wachsende Kommunen genauso beim Ausbau der Infrastruktur unterstützen wie kleine Gemeinden, in denen es nicht einmal mehr einen Dorfladen gibt oder in denen kein Bus mehr hält.

Dafür brauchen wir neue Ideen. Damit kommen wir zu einem wichtigen Punkt, auch an die Opposition gerichtet. Wir brauchen neue Ideen. Wir haben die auch und müssen sie zulassen. Da diskutieren wir in der Koalition sehr viel. Es soll mir niemand erzählen, dass es nicht geht. Ich kann das nicht mehr hören. Wir müssen pfiffig sein. Das muss unsere Devise sein. Schritt für Schritt zeigen wir schon, dass wir das als Koalition sind. Ich finde, das kann man ruhig einmal anerkennen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

In den nächsten Monaten werden wir im Parlament ganz intensiv diskutieren. Von der Opposition kommt dazu naturgemäß sehr viel Kritik. Ich habe die Generalkritik vernommen. Ich bin gespannt auf die konkreten Vorschläge der LINKEN. Das muss ich ganz klar sagen.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Wir haben ja noch nie welche gemacht!)

– Ich habe das so oft gehört. Der letzte konkrete Vorschlag, den ich vernommen habe, Kollege Gebhardt, waren die Regionalbudgets, die Sie seit zehn Jahren wie eine Monstranz vor sich hertragen.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Aber ich möchte jetzt gar nicht DIE LINKE kritisieren. Ich höre mir das gut an. Wir haben auch diese Vorschläge gut angehört.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

– Es kann ja sein, dass meine Wahrnehmung falsch ist, aber wenn Sie bei diesem Haushalt von einem Kollaps von Sachsen sprechen, dann bin ich mir nicht sicher, wer die Hitze der letzten Wochen mehr genossen hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

So viel zur LINKEN.

Auf die Anträge der GRÜNEN, das muss ich ganz ehrlich sagen, freue ich mich wirklich. Auch wenn ich inhaltlich nicht immer einer Meinung bin, so sind die doch zumeist von hoher Qualität. Da lohnt sich die Auseinandersetzung.

Zur AfD möchte ich auch noch ein Wort verlieren: Sie haben gestern wieder angekündigt, dass Sie eine seriöse Haushaltspolitik verfolgen wollen. Das höre ich wohl, aber ich bin wirklich sehr gespannt. Was Sie bisher inhaltlich abgeliefert haben, lässt mich wirklich zweifeln. Ich möchte ein Beispiel nennen, damit hier nicht wieder gesagt wird: Die polemisieren gegen uns und sind so böse zu uns.

Ich meine konkret die Anhörung zu Ihrem Gesetz zur Stärkung der Kommunen im ländlichen Raum, Drucksache 6/11443, am 13. Juni.

(André Barth, AfD: Da waren ja so viele Sachverständige da!)

– Ja, da war ein Sachverständiger da. Der war so sehr befangen. Diese ganze Geschichte war so ein inhaltlicher Murks mit diesem befangenen Sachverständigen.

Ich möchte gar nicht polemisieren. Ich empfehle allen, die nicht da waren, das Protokoll zur Lektüre. Dann kann man in sich gehen. Das ist keine Polemik, sondern ganz sachlich. Schauen Sie sich das noch einmal an.

(Zuruf des Abg. André Barth, AfD)

Dann können Sie sich an Ihrem eigenen Anspruch messen, eine seriöse Haushaltspolitik zu machen. Das war keine!

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

Für die Debatten in diesem Haushalt wünsche ich mir die ehrliche Anerkennung der positiven Entwicklung, aber auch ein offenes Ansprechen der Stellen, bei denen wir noch Probleme haben und nachbessern müssen.

Es fallen mir ein paar Stichworte ein, an denen wir noch zu diskutieren haben: bei den Rücklagen, beim Bildungsticket, beim bereits erwähnten Infrastrukturprogramm Bildung, auch bei vermeintlich kleineren Punkten wie den Musikschulen oder dem Verbraucherschutz.

Dabei gilt für mich – ich denke, ich kann damit auch für die Koalition sprechen, der Finanzminister hat es auch angesprochen –: Solide Finanzpolitik wird Schwerpunkt sächsischer Haushaltspolitik bleiben. Das ist ganz klar. Das heißt, dass wir natürlich unsere finanziellen Möglichkeiten nutzen. Aber wir werden nicht über unsere Verhältnisse leben.

Ich kann es ganz klar sagen, meine Damen und Herren: Um diesen Freistaat muss sich niemand Sorgen machen. Der Freistaat ist gut gerüstet für die Zukunft. Wir können an verschiedenen Stellen noch nachbessern. Aber der Staat, das kann man sagen, ist zurück. Gute Ideen sind immer willkommen. Wir werden gute sozialdemokratische Ideen beisteuern. Auf jeden Fall ist der Haushalt eine gute Grundlage, um darüber zu diskutieren. Ich freue mich auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Für die SPD-Fraktion sprach Herr Kollege Panter. Jetzt kommt die AfD zum Zuge. Das Wort hat Kollege Urban.

**Jörg Urban, AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Steuern müssen erarbeitet werden. Unser Dank geht deshalb an die fleißigen Unternehmer und deren Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeit diesen Landeshaushalt überhaupt erst ermöglichen.

(Beifall bei der AfD)

Bürger und Unternehmer zahlen Steuern, damit der Staat zentrale Aufgaben übernehmen kann. Dazu zählen Infrastruktur, Bildung, Rechtswesen oder die innere Sicherheit.

Trotz Rekordsteuereinnahmen in den letzten Jahren haben die schwarz-roten Regierungen in Berlin und Dresden bei der Erfüllung vieler öffentlicher Aufgaben kläglich versagt. Eine der Hauptaufgaben des Staates ist es, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Aber mit der Öffnung der Grenzen in Richtung Osteuropa kam es zu einem deutlichen Anstieg der Kriminalität, nicht nur im grenznahen Raum. Mit der Öffnung der Grenzen begann die illegale Einwanderung in unseren Sozialstaat, die seit 2015 den Charakter einer illegalen Masseneinwanderung angenommen hat. Unser Rechtssystem ist in Teilen außer Kraft gesetzt.

(Zuruf: Wo denn?)

Wir erleben in sächsischen Städten eine explodierende Drogen- und Gewaltkriminalität.

(Zurufe von der CDU)

Sogenannte No-go-Areas zeigen exemplarisch die Nichterfüllung der staatlichen Aufgabe Sicherheit. Es gab genügend Hinweise auf die Folgen und Risiken einer solchen Massenmigration. Trotzdem gab es keine Vorsorge der Politik. Polizei und Justiz waren und sind schlecht ausgerüstet und personell unterbesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Aber auch in anderen Bereichen staatlicher Aufgabenerfüllung hat die Staatsregierung die Interessen der steuerzahlenden Bürger sträflich vernachlässigt. Neben funktionierender Polizei und Justiz erwartet der Bürger von der Regierung als Gegenleistung für seine Steuern ein funkti-

onierendes Bildungssystem und eine zukunftsfähige Infrastruktur. Auch hier liegen die Defizite auf der Hand:

Erstens. Der Unterrichtsausfall an sächsischen Schulen eilt von Rekord zu Rekord. Im letzten Schuljahr fiel jede zwanzigste Unterrichtsstunde aus. Teilweise mussten sogar Eltern einspringen, um den Unterricht zu gewährleisten. Zum aktuellen Schulbeginn fehlen bereits 230 Lehrer.

Zweitens. Bei der Kinderbetreuung im Bereich U 3 liegt Sachsen im Bundesvergleich an letzter Stelle.

Drittens. Der Breitbandausbau kommt nicht vom Fleck. Auch hier sind wir im Bundesvergleich regelmäßig auf den letzten Plätzen.

Viertens. Den Kommunen im ländlichen Raum fehlt nach wie vor das Geld an allen Ecken und Enden. Wohin wir auch schauen, Versagen und Defizite.

Nach Jahren an der Macht hat die CDU nicht nur im Bund, sondern auch in Sachsen den Kontakt zur Lebenswirklichkeit der Menschen und der sächsischen Unternehmen verloren,

(Beifall bei der AfD)

und die Hauptrepräsentantin dieser realitätsfernen und abgehobenen CDU-Politik, Frau Merkel, laden Sie genau heute nach Sachsen ein!

Liebe Staatsregierung, die zurückliegenden Jahre zeigen deutlich: Ständig wachsende Steuereinnahmen allein sind keine Garantie für gute Politik, und auch im aktuellen Regierungsentwurf sind meist nur wenige Ansätze der Besserung erkennbar, die natürlich die Handschrift der AfD tragen.

(Lachen des Abg. Sebastian Fischer, CDU)

Die Maßnahmen gegen den von Ihnen selbst verursachten Lehrermangel sind nicht neu:

Erstens – die Anhebung der Entgelte für Grundschullehrer entspricht unserer alten AfD-Forderung von 2016, und

zweitens ist die Lehrerverbeamtung von den 14 Bundesländern abgeschrieben, die diese schon lange praktizieren.

Was sind nun die Ergebnisse dieser Verzweiflungstat Lehrerverbeamtung? Sachsen zieht mit anderen Bundesländern gerade einmal gleich, und trotz der angekündigten Verbeamtung bleibt jede fünfte ausgeschriebene Lehrerstelle unbesetzt. Die Höchstaltersgrenze für die Verbeamtung vergiftet das Klima in den Lehrerzimmern und wird den Unterrichtsbetrieb negativ beeinflussen. Ihre Lehrerverbeamtung ist ein Schuss in den Ofen.

(Beifall bei der AfD)

Sie reiht sich in eine lange Folge anderer Fehlschläge der sächsischen CDU ein.

Zum Thema Qualität der Kinderbetreuung. Ich möchte noch einmal betonen: Im Bereich U3-Kinderbetreuung liegt Sachsen bundesweit auf dem letzten Platz. Danach sieht es bis zur Grundschule nicht viel besser aus: vorletz-

ter Platz. Die Staatsregierung nimmt nun wenigstens 100 Millionen Euro für die Anerkennung der Vor- und Nachbereitungszeiten der Kita-Erzieher(innen) in die Hand. Die Entscheidungsfindung zur Verbesserung der Kinderbetreuung war jedoch ein Kabinetstück aus dem Königreich Sachsen.

Im April gab es eine Umfrage unter Eltern, Erziehern und Kita-Leitungen. Die Bewertung der vom Kultusministerium zur Abstimmung gestellten vier Vorschläge ergab eine Mehrheit – erstens – für die Verbesserung des Personalschlüssels vor – zweitens – der Anerkennung von Vor- und Nachbereitungszeiten. Typisch für die Staatsregierung: Sie setzt sich in ihrer Selbstherrlichkeit über das Umfrageergebnis hinweg und will nun den zweitplatzierten Vorschlag, die Anerkennung der Vor- und Nachbereitungszeiten, verwirklichen. Da frage ich mich: Wozu führen Sie überhaupt eine Umfrage durch? So verspielt man Vertrauen, und so regiert man an den Wünschen von Eltern und Erziehern vorbei!

(Beifall bei der AfD –

Zuruf des Abg. Sebastian Fischer, CDU)

Schauen wir auf Polizei und Justiz. Der aktuelle Haushalt enthält 180 neue Stellen bei der Polizei, der Regierungsentwurf für 2019/2020 nun 820. Zusammen sind das 1 000 zusätzliche Stellen – auf dem Papier! Ihre Behauptung in der Öffentlichkeit, 1 000 zusätzliche Stellen bei der Polizei bereits 2020 zu besetzen, ist eindeutig Wahlkampfgetöse. Sie selbst haben im letzten Monat vorgechnet, dass die Besetzung von 1 000 zusätzlichen Stellen mit Polizeibeamten erst 2024 möglich sei. Aber wenn wir bei der Polizei ein so massives Nachwuchsproblem haben, dann erhöhen Sie doch wenigstens die Ausbildungskapazitäten deutlich! Sie sollten die sächsischen Bürger nicht für dumm halten. Solange aus Ihren Planstellen keine Polizisten auf der Straße geworden sind, werden die Bürger Ihren Versprechen keinen Glauben schenken.

(Beifall bei der AfD)

Eine AfD-Forderung von 2016 lautete: Mehr Stellen für den Justizvollzug. Der Justizvollzug hatte schon damals die Belastungsgrenze erreicht. Für den Justizvollzug sieht der Regierungsentwurf nun 84 zusätzliche Anwärterstellen vor. Bei der Besetzung dieser Stellen sollten Sie sich aber nicht nur auf Ihre Werbekampagne verlassen. Wer will heute schon freiwillig im Justizvollzug arbeiten? Besser wäre eine um 50 % erhöhte Ausbildungsvergütung, damit schon die Ausbildung für die Jugendlichen attraktiver ist. Dazu wird es einen konkreten Antrag der AfD-Fraktion geben.

Im Anschluss an den Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf hat der Ministerpräsident der Öffentlichkeit vollmundig verkündet – ich zitiere –: „Der Haushaltsentwurf ist ein Investitionsprogramm in die Zukunft unserer Heimat.“ – Herr Kretschmer, wenn der Dampf dieser Nebelkerze verzogen ist, kommt die nüchterne Wahrheit zum Vorschein: Die Investitionsquote sinkt. Sie liegt im Haushaltsplan 2018 bei 15,7 %. Ihr Heimatprogramm für

2019/2020 sieht 14,2 % vor. Ihr Investitionsprogramm entpuppt sich als Schrumpfungskur.

(Beifall bei der AfD)

Die Regierungen in Berlin und Sachsen haben Deutschland heruntergewirtschaftet. Die im Haushalt der Staatsregierung geplanten Maßnahmen sind in vielen Bereichen ein „Weiter so!“, Verbesserungen gegenüber dem Vorjahre sind meist halbherzig und ungenügend. Die AfD will aber eine echte Trendwende. Daher werden wir in den kommenden Monaten zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der katastrophalen Situation in den Bereichen Innere Sicherheit und Justiz unterbreiten. Wir wollen die Ausbildung von zusätzlichen 100 Polizeianwärtern pro Jahr, eine bessere und modernere Ausstattung unserer Polizisten, 600 zusätzliche Sicherheitswächter als Überbrückung, bis mehr ausgebildete Polizisten zur Verfügung stehen, und zusätzliche 50 Stellen für Staatsanwälte.

Weitere Schwerpunkte unserer Haushaltsanträge werden sein:

Erstens – ein Modellprojekt ÖPNV mit kostenlosen Schüler-, Azubi- und Seniorentickets in einem sächsischen Landkreis,

zweitens – die Beseitigung des Investitionsstaus an sächsischen Krankenhäusern,

drittens – die Förderung von Unternehmen beim Schutz ihrer Betriebe vor Einbrüchen und

viertens – die Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen im ländlichen Raum.

(Beifall bei der AfD)

Wo wir Einsparmöglichkeiten im Regierungsentwurf sehen, das führen wir in der zweiten Rederunde aus.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Auf Herrn Kollegen Urban, AfD-Fraktion, folgt Herr Kollege Günther. Er spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Wolfram Günther, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Staatsregierung! Herr Ministerpräsident Kretschmer sagte im November letzten Jahres, dass er einen sehr genauen Plan für Sachsen habe. Diesen hat er dann allerdings weder auf dem CDU-Parteitag noch in der Regierungserklärung so richtig vorgestellt. Heute wäre ja eigentlich der Tag der Wahrheit, denn wie konkreter geht es denn, wenn nicht im Haushalt, dass man einen Plan für Sachsen vorstellt, wie man die Weichen in näherer und fernerer Zukunft stellen kann? Ich muss sagen: Ich kann es nicht wirklich erkennen.

Wir haben es mehrfach gehört: Wir haben einen Rekordhaushalt. Wir haben also Geld zu vergeben, und das ist genau die Chance, um Weichen zu stellen. Deshalb sollte man das auch tun. Herr Staatsminister Haß hat es vorhin

bei der EU angemahnt und ich möchte es auch an den Freistaat Sachsen adressieren. Genau dort sollte dies geschehen. Was sieht unsere Zukunft vor? Wovon leben wir in diesem Land? Wir leben von den Köpfen, die wir hier haben, von der vorhandenen Infrastruktur und davon, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dies sollten auch die Schwerpunktbereiche eines solchen Haushalts sein.

Wenn wir uns einmal die Köpfe anschauen: Jedes Gespräch, egal, ob mit kleinen oder großen Unternehmern unserer Wirtschaft, führt am Ende dazu: Wir haben ein Personalproblem, wir haben Arbeitskräftemangel. Deshalb muss man sich überlegen, wie man dort einen Schwerpunkt setzt. Es gibt einen weichen Faktor; denn die Menschen können sich heutzutage völlig frei entscheiden, wo sie leben – ob in Sachsen, in anderen Bundesländern oder anderswo in Europa oder in der Welt.

Wenn man Menschen will, die kreativ und Leistungsträger sind – das sind in der Regel relativ weltoffene Menschen –, dann fragen diese zuerst: Ist das ein weltoffenes Land? Welches Umfeld finde ich dort? Das Signal, dass wir weltoffen sind, sollte man auch in einem Haushalt wiederfinden können.

(Beifall bei den GRÜNEN,  
der CDU und den LINKEN –  
Zuruf des Abg. André Barth, AfD)

Das Zweite sind ganz konkrete harte Faktoren: Die Menschen sind vor allem mobil. Sie schauen in erster Linie: Wie komme ich dorthin? Dabei ist die Bahninfrastruktur etwas ganz Wesentliches.

Staatsminister Haß hat aufgeführt, wie wichtig ihm der ÖPNV ist. Aber wenn man einmal genau hinschaut, dann geben wir im Bereich der kommunalen Verkehrsinfrastruktur 83 % der Mittel für Straßenbau und lächerliche 17 % für Bahn und Bus aus. Das ist deutschlandweit Schlusslicht.

Dazu muss ich sagen: Damit werden wir keine klugen Köpfe hierher holen. Die Leute, die in diesem Land unterwegs sind, die mobil sein müssen und häufig im Auto sitzen – weil sie nämlich nicht mit der Bahn von A nach B kommen –, sind gefrustet, weil sie im Stau stehen, da unsere Straßen voll mit Schwerlastverkehr sind. Das wäre auch eine Zukunftsaufgabe: Wie bekommt man den Schwerlastverkehr auf die Schiene? Das würde uns zukunftsfähig machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu findet sich nichts in diesem Haushalt. So ist es auch mit Radwegen. Da ist man schon beim Thema: Geld eingestellt heißt oft noch lange nicht, dass es abfließen kann. Dazu braucht es eben noch ein bisschen mehr.

Ein anderes Thema ist: Junge, kreative Köpfe, die vielleicht am Anfang ihres Lebensweges stehen, wollen wohnen. Gerade in den großen Städten gibt es damit ein Riesenproblem, da es mit dem Wohnraum – und auch im sozialen Wohnungsbau – knapp wird. Das ist mit das

Hauptthema, wenn man sich mit den Leuten unterhält. Dazu findet sich aber nichts im Haushalt. Es bleibt weiterhin so: Wir werden nicht wesentlich im sozialen Wohnungsbau aufstocken. Das ist eine riesige Fehlstelle.

Wir haben es schon mehrmals angesprochen, wenn wir bei den Köpfen sind, nämlich Bildung. Es ist ja ganz klar, dass endlich etwas im Bereich Lehrer passiert, aber es sind eben Aufräumarbeiten. Das ist tatsächlich nichts, womit man sich feiern könnte. Worauf man auch einmal in der Kette Lebensweg hinweisen darf: Dasselbe, was wir bei den Lehrern gesehen haben – dass sie fehlen –, zeichnet sich schon bei den Erziehern ab.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Am Ende des Lebensweges ist das auch bei den Pflegekräften der Fall. So wie dort, dass die Leute nicht vom Himmel fallen und mit Geld allein Probleme nicht zu lösen sind, ist es überall.

So haben wir es auch beim Thema Sicherheit, was ganz wichtig ist für dieses Land, bei den Polizeikräften. Schön, dass wir die neuen Polizisten haben wollen, aber sie müssen auch irgendwoher kommen. Dafür brauchen wir einen starken Aufwuchs in der Ausbildung. Damit die Menschen es am Ende auch erleben können, brauchen wir vor allem wieder mehr Polizeistationen in der Fläche, wo wir massiv zurückgebaut haben. Auch dieses Signal wäre sehr wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir freuen uns natürlich, dass in bestimmten Bereichen der öffentlichen Verwaltung jetzt endlich Aufwüchse kommen. Die Polizei haben wir schon genannt, die Lehrer auch. Auch Inneres und Justiz sind sehr wichtig, aber die Verwaltung ist deutlich breiter. Wir wissen allein von den Altersabgängen bis 2030, welches riesige Problem wir in der Verwaltung haben. Herr Staatsminister Haß sagte, es werden Akzente gesetzt. Wunderbar, aber Akzente reichen nicht aus, sondern wir brauchen eine Strategie, wie wir eine handlungsfähige Verwaltung erhalten wollen. Und die ist weitreichender als nur diese Bereiche, die wir genannt haben.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Im Juni 2018 hat das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung gefällt, als ein U-Häftling in die Freiheit entlassen werden musste, „weil der Freistaat versäumt hat, seiner Pflicht zur verfassungsgemäßen Ausstattung der Gerichte zu genügen“. Ist das ein Satz, den wir künftig noch für andere Verwaltungsbereiche immer wieder lesen wollen? Dem müssen wir entgegensteuern.

Ein wichtiges Signal, wenn wir Köpfe brauchen, ist: Wir als GRÜNE haben bei der Gleichberechtigung schon mehrfach Vorschläge für Frauenförderung gemacht. Wir müssen ein deutliches Signal setzen, dass auch Frauen in allen Bereichen willkommen sind. Dort können wir noch einiges tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben den Köpfen – ich hatte es gesagt – sind die natürlichen Lebensgrundlagen wichtig. Wir erleben es gerade draußen mit der Dürre, dass der Klimawandel angekommen ist. Das sollte sich auch einmal im Haushalt niederschlagen. Es sind Themen enthalten wie Hochwasserschutz, der seit Jahren verbummelt wird. Wir machen keinen richtigen Hochwasserschutz, wir gehen nicht an die Ursachen heran, sondern verlieren uns in technischen Hochwasserschutzmaßnahmen, die die Probleme oftmals noch verstärken und nicht lösen. Dort muss es endlich ein fundamentales Umsteuern geben.

Da wir bei der Dürre sind, ist zu sagen: Die Ersten, die gerufen haben, sind die Landwirte. Aber dies zeigt nur Phänomene, dass dort auch sonst einiges schief läuft. Unsere Landwirtschaft braucht einen Strukturwandel, auch für die Landwirte selbst. Dieser Strukturwandel braucht Geld. Da sich solche Tanker nur langsam umlenken lassen, muss man irgendwann damit anfangen. In diesem Haushalt findet sich zu diesem Punkt schlicht nichts. Es ist einfach ein Weiter-so. Das heißt, es sind weitere zwei verschenkte Jahre im Bereich der Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage es aus grüner Sicht, aber das sollte uns alle interessieren – wir haben es schon mehrmals angesprochen –: das Artensterben. Wenn in wenigen Jahrzehnten drei Viertel der Biomasse, der Insekten, das Fundament der Nahrungskette, wegfällt, dann ist das ein Handlungsschwerpunkt. Wir hatten Anhörungen mit Sachverständigen gehabt. Sie sagten: Es ist schon lange nicht mehr fünf vor zwölf, sondern es ist zehn nach zwölf. Das muss in solch einen Haushalt hinein, aber es gibt keine Aussage dazu. Die Mittel für Naturschutz werden sogar noch gesenkt. Das ist schlicht nicht nachzuvollziehen.

Wir sehen es immer wieder: Versäumnisse, für die man nicht beizeiten – wenn man es absehen kann – die Weichen stellt, werden hinterher teurer beim Aufräumen, wie wir es jetzt im Bereich der Bildung und bei der Polizei haben. Es wäre jetzt an der Zeit.

Wir wünschen uns in diesem Haushalt – ich hatte mit den Köpfen angefangen – ein Signal an Menschen, die sich entfalten und Dinge bewegen wollen, die engagiert sind. Es geht genau um solche Aktivitäten wie etwa die Mission „Lifeline“. Es sind sächsische Leute, die etwas bewegen wollen. Oder nehmen wir das Klimacamp in Pödelwitz, wo Leute in ihrer ländlichen Region ein Dorf aufbauen wollen – das sind Signale –, aber sie werden teilweise noch von der Staatsregierung diffamiert oder kriminalisiert.

(Zuruf des Abg. Carsten Hütter, AfD)

Dasselbe Signal höre ich auch regelmäßig, wenn ich mich mit Wirtschaftsleuten unterhalte. Sie sagen: Wir wissen selbst, was wir tun müssen, aber wir brauchen einfach Unterstützung und ein Klima der Unterstützung. Man kann auch den Bogen zum Verkehr, zur Mobilität etc. schlagen. Wir müssen die Grundlagen dafür legen.

Wenn ich mir diesen Haushalt insgesamt anschau, dann ist es eben kein Weichenstellen mit einem weiten Blick in die Zukunft, sondern es werden jetzt einige Dinge bereinigt. Es ist auch nicht alles schlecht, was enthalten ist, aber die wesentlichen Weichenstellungen fehlen. Für mich ist das ein sehr deutliches Auf-Sicht-Fahren, weil es vor allem ums Aufräumen geht, aber es ist keine Sicht nach vorn, sondern eher die Sicht in den Rückspiegel.

Ich kann Ihnen zusichern: Wir GRÜNEN werden Anträge stellen, und wir werden uns vor allem auf die notwendigen Anträge konzentrieren, die wir brauchen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Dr. Petry, bitte.

**Dr. Frauke Petry, fraktionslos:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalition will solide Finanzpolitik machen und verkauft 1,5 Milliarden Euro Mehrausgaben im kommenden Jahr als genau diese. Das können wir nicht akzeptieren; denn es wäre angesagt, in Zeiten hoher Steuereinnahmen weiterhin Schulden abzubauen. Auch in dieser Hinsicht hat Sachsen mit 10 Milliarden Euro Schulden und mit 40 % Fremdfinanzierung aus anderen Bundesländern noch einiges zu leisten.

Es wäre angesagt gewesen zu vereinfachen. Aber das Müllaufräumen, Herr Finanzminister, geht zu langsam. Immer noch haben wir 196 Förderprogramme, und viele Kommunen haben in diesem Förderdschungel längst aufgegeben.

Angesagt wäre gewesen, Schulen, Lehrer und Schüler sinnvoll zu entlasten. Stattdessen wiederholen Sie den Fehler der Verbeamtung aus den anderen Bundesländern. Das ist keine Vision, das ist keine Strategie, sondern das ist kopfloses Geldausgeben – rund ein Jahr vor der Landtagswahl. Wir hätten von Ihnen mehr erwartet.

Wir brauchen eine grundsätzliche Restrukturierung der Landes- und kommunalen Finanzen, sodass kommunale Selbstverwaltung endlich keine hohle Phrase mehr ist. Anregungen dazu gibt es genug. Entlassen Sie die Kommunen in die Selbstständigkeit!

Der erste Schritt dazu wäre, dass Sie eine Ihrer Kernaufgaben, den Breitbandausbau, nicht mit weiteren 700 Millionen Euro pampern, sondern die personelle, strategische und organisatorische Verantwortung für diese infrastrukturelle Maßnahme endlich auf sich nehmen. Das ist lange überfällig. Stattdessen verschleppen wir weiter und sorgen dafür, dass die Kosten steigen und der Flickenteppich wohl bis 2025 erhalten bleibt. Das ist das Gegenteil von der Förderung des ländlichen Raumes, den Sie hier so großspurig erklärt haben.

Ihnen fehlen politische Visionen. Wir brauchen weniger Bürokratie. Nichts davon ist zu sehen. Das, was Sie

liefern, sind Wahlkampfgeschenke mit der Gießkanne. Herr Kretschmer, das ist eindeutig zu wenig.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Abg. Kersten, bitte.

**Andrea Kersten, fraktionslos:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ministerpräsident sagte zu Beginn seiner Amtszeit: Wenn es nach mir ginge, würde ich alles Geld in die Bildung stecken. Schon damals habe ich erwidert: Schade, dass es in Sachsen nicht nach dem Ministerpräsidenten geht.

Eigentlich ist das ja richtig. Denn Bildung, meine Damen und Herren, ist unsere wichtigste Ressource, die einzige, deren Entwicklung wir selbst maßgeblich beeinflussen und somit entwickeln können.

Nun könnte der Ministerpräsident erwidern, dass das Haushaltsvolumen des Einzelplanes 05 so groß wie nie zuvor ist. Das ist richtig. Doch schaut man genauer hin, bemerkt man schnell, dass der Einzelplan 05 im Wesentlichen durch die finanziellen Belastungen, welche durch die Verbeamtung entstehen, geprägt ist. Es ist eine Verbeamtung, die unsere Lehrerschaft spaltet, und es ist so, wie eine sächsische Lehrerin kürzlich treffend sagte: Die Verbeamtung zerstört die Seele der Schule. Eine bessere Bildung, Herr Haß, eine, die Sie sich wünschen, erreichen wir nicht, wenn wir einen Teil der Lehrerschaft besser bezahlen als den anderen.

Liebe Kollegen! Lassen Sie uns diesen Weg nicht gehen! Sorgen wir für Maßnahmen im Bildungssektor, die die Qualität der Bildung im Fokus haben, die unseren Lehrkräften Rahmenbedingungen für guten Unterricht schaffen, die den Schulalltag für Schüler und Lehrer attraktiver gestalten, die Raum für neue Wege und Ideen schaffen und dadurch Lehrer binden.

Dazu können kleinere Klassengrößen, ein Regelstundenmaß, welches attraktiver als in anderen Bundesländern ist, und ein lebenswirklicher und berufspraktisch geprägter Unterricht gehören.

Um diese Ziele umzusetzen, müssen sich Lehrpläne am klassischen Bildungsauftrag orientieren. Dadurch kann der erforderliche Raum geschaffen werden, der gebraucht wird, um die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Bildungsqualität in Sachsen zu kreieren.

Erstklassige Bildung, meine Damen und Herren, ist übrigens von jedweden ökonomischen Überlegungen abzukoppeln, eben weil es sich um unsere wichtigste Ressource handelt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Herr Abg. Wild, bitte.

**Gunter Wild, fraktionslos:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Alle reden über den Haushalt und niemand stellt die wichtigste Frage: Wie weit wird sich diese Regierungskoalition noch bewegen können und wollen? Sind Sie mit Ihren abgesprochenen Mehrheiten überhaupt noch bereit, sinnvolle Änderungen mitzutragen oder wird wieder alles, was Opposition von links bis AfD beantragt, wie bisher abgebügelt? Stellen Sie sich endlich den Sachargumenten, egal, woher sie kommen!

Meine persönlichen Schwerpunkte sind die Bereiche Umwelt und Landwirtschaft. Hier haben wir nach wie vor – ich nenne sie – die sechs altbekannten Problem-„W“: Wolf, Wildschwein, Waschbär, Windkraft, Wasserwirtschaft und Wetterextreme – mit all ihren Folgen für die einzelnen Bereiche.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Sie haben sich selbst vergessen, Herr Wild! – Zurufe von der CDU)

Wie lange wollen Sie das Märchen vom Wolf eigentlich noch mitspielen?

(Zuruf von der CDU: Das frage ich mich auch!)

Sie haben einen riesigen Monitoring-Apparat geschaffen, um den Problemen beim Wachsen zuzusehen. Jedes Jahr werden Tausende Euro Steuergelder in ein System gepumpt, das ganz offensichtlich versagt.

Warum werden Hybride nicht erkannt oder erst, wenn sie durch Fotos und Zeugen nicht mehr zu leugnen sind? Warum spazieren Wölfe in aller Ruhe durch Ortschaften, jagen Hirsche durchs Dorf, beobachten Bushaltestellen oder töten Ziegen im Kindergarten?

(Zuruf der Abg. Franziska Schubert, GRÜNE)

Wir müssen feststellen, dass dieses System regelmäßig versagt und die Bürger im Stich lässt. Die Kosten jedoch werden intransparent verschleiert, auch wieder in diesem Haushaltsplan.

Ferner müssen wir die Probleme der Landwirtschaft beherzt und an den Wurzeln anpacken. Es klemmt an allen Ecken und Enden aufgrund völlig falscher Förderanreize. Es fehlt an einem Konzept, wie sich Landwirte flächendeckend wirtschaftlich – ich betone wirtschaftlich! – vor dem finanziellen Ruin durch Ernteauffälle schützen können.

Wir fraktionslose Abgeordnete der blauen Partei haben Antworten zu all diesen Fragen. Wir werden sie in die Verhandlungen einbringen und erwarten –

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte zum Ende kommen!

**Gunter Wild, fraktionslos:** –, dass diese nicht abgebügelt, sondern sachlich und ergebnisoffen besprochen werden.

Danke schön.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Dr. Muster, bitte.

**Dr. Kirsten Muster, fraktionslos:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Staatssäckel ist prall gefüllt. Der jetzt vorgelegte Haushalt ist groß – sehr groß, aber sein Inhalt ist leider nicht gigantisch.

Sehr geehrte Regierung! Ihre Hand wird geführt von Freigiebigkeit, Großzügigkeit und in manchen Teilen auch von Verschwendungssucht. Oder sollte ich ganz einfach sagen: Sie haben die Landtagswahlen sehr konkret vor Augen.

Der Freistaat Sachsen ist ein wichtiger Wissenschaftsstandort und von alters her der Kultur verpflichtet. Das merkt man auch, wenn man sich den Haushaltsplan des SMWK ansieht. Erstmals sollen über 2 Milliarden Euro pro Jahr für diesen Sektor ausgegeben werden. Trotzdem müssen zusätzlich Drittmittel von den Hochschulen eingeworben werden. Sachsen belegt hierbei Platz 3. Diese Tätigkeit hindert allerdings die Professoren, vorrangig an Forschung und Lehre teilzunehmen und sich darum zu kümmern.

Daneben leistet sich der Freistaat Sachsen hohe Ausgaben für Kunst und Kultur. Der Freistaat zählt neben Hamburg bundesweit zu den Ländern mit den höchsten Kulturausgaben pro Einwohner. Das ist beeindruckend. Und jetzt kommt das Wahlgeschenk, Frau Meiwald hat es bereits detailliert dargestellt: Die kommunalen Orchester und Theater werden besser bezahlt, pikanterweise nicht im Rahmen ihres Kulturraumgesetzes. Die Musikschullehrer warten noch auf eine bessere Vergütung und auf mehr unbefristete Vollzeitstellen. Hierbei muss die Staatsregierung nachsteuern.

Auch für die Opposition ist es sehr angenehm, in den fetten Jahren mit exorbitant sprudelnden Steuereinnahmen Haushaltsverhandlungen zu führen, aber die nächsten dünnen Jahre kommen bestimmt.

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Bitte zum Ende kommen!

**Dr. Kirsten Muster, fraktionslos:** Ihre Vorsorge dafür, Herr Finanzminister, können wir nicht erkennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wir gehen in eine weitere Runde. Es beginnt wieder die Linksfraktion, Herr Abg. Schollbach, bitte.

**André Schollbach, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Gemeinden sind bekanntlich die Keimzellen der Demokratie, und diese Keimzellen dürfen nicht vernachlässigt werden; denn sonst kann eine Saat aufgehen, die für unsere Demokratie alles andere als wünschenswert ist. In Sachsen waren in den vergangenen Monaten entsprechende Warnsignale weder zu übersehen noch zu überhören.

Deshalb, meine Damen und Herren, müssen die Städte und Gemeinden endlich vernünftig mit Geld ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgaben auch wahrnehmen können.

Nach dem Verständnis der LINKEN ist kommunale Selbstverwaltung etwas anderes als die dauerhafte Mangelverwaltung. Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Städte und Gemeinden am finanzpolitischen Gängelband der Regierung geführt werden. Nicht wenige Kommunen sind kaum oder nur unter erheblichen Anstrengungen in der Lage, ihren Pflichtaufgaben nachzukommen, geschweige denn im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltung gestalten zu können.

Zu oft erschöpft sich die Mitbestimmung von Gemeinde- und Stadträten in der Verwaltung des Mangels und der Entscheidung über die Frage, welcher Jugendklub geschlossen, bei welcher Sozialeinrichtung gekürzt oder welcher städtische Betrieb privatisiert werden soll. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind deshalb mit der Politik der CDU nicht mehr einverstanden. Sie lassen sich auch nicht blenden, weder von dem seit der Bundestagswahl geradezu panisch betriebenen Aktionismus noch von kleineren Geldgeschenken, die gelegentlich mit großem Brimborium verteilt werden.

(Beifall bei den LINKEN)

Meine Damen und Herren von der CDU! Geben Sie sich diesbezüglich keiner Illusion hin: Einmal verloren gegangenes Vertrauen der Menschen lässt sich auch nicht mit Geld und wohlfeilen Ankündigungen wieder herstellen.

(Zuruf von der CDU: Das müsst ihr ja wissen!)

Ich möchte einige Zahlen zur Situation der Kommunen in Sachsen nennen. In Sachsen war zu Beginn des Jahres 2018 jede dritte Kommune ohne eine festgestellte Eröffnungsbilanz – jede dritte! Wir reden hierbei nicht von irgendwelchen Klitschen, sondern immerhin von Städten wie Annaberg-Buchholz, Hoyerswerda, Görlitz oder Weißwasser.

Die Beurteilung dieser Situation durch den Sächsischen Rechnungshof ist schlicht und ergreifend vernichtend. „... Fristüberschreitungen von zwischenzeitlich mehreren Jahren [prägen] das derzeitige Bild. Dieser Zustand ist aus Sicht des SRH inakzeptabel.“

Meine Damen und Herren! Vor Sommerbeginn war in Sachsen jede fünfte Kommune ohne einen beschlossenen Haushalt. Für all diese Kommunen, für jede einzelne, bedeutet das die vorläufige Haushaltsführung. Neue Investitionsvorhaben, etwa im Bereich der Straßen, der Kindergärten oder auch der Schulen, dürfen nicht begonnen werden.

Ich will noch einmal auf die Rechtslage verweisen: Nach § 76 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung soll der Haushalt spätestens einen Monat vor Beginn eines Haushaltsjahres vorliegen. Dies wäre der 30. November 2017 gewesen. Nicht mehr allzu lange, und wir schreiben den 30. November 2018!

Aufgrund der allgemein positiven wirtschaftlichen Gesamtlage gelang es den Städten und Gemeinden zwar zuletzt, ihre Verschuldung etwas zu reduzieren; aber man darf hier keine Augenwischerei betreiben. Ich zitiere auch dazu aus dem aktuellen Jahresbericht des Sächsischen Rechnungshofs: „Nahezu unverändert sind jedoch 12,8 Milliarden Euro und damit mehr als 80 % der kommunalen Gesamtschulden aus den Kernhaushalten ausgelagert. Die Schulden der Beteiligungsgesellschaften wuchsen weiter. Sie sind durch die Kommunen aufmerksam zu beobachten. Hier kommt dem Gesamtabchluss besondere Bedeutung zu.“

Ich denke, diese Zahlen verdeutlichen eindrucksvoll, dass die Finanzausstattung der sächsischen Kommunen trotz der positiven Entwicklung des Steueraufkommens unter erheblichen Defiziten leidet und die rosaroten Bilder, die die Sächsische Staatsregierung zu zeichnen versucht, mit der realen Lage vieler Städte und Gemeinden wenig zu tun haben.

(Beifall bei den LINKEN)

Jahrelang wurden seitens des Staates die Aufgaben auf die kommunale Ebene abgewälzt, ohne die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen. Die CDU-geführte Staatsregierung gibt in der Öffentlichkeit immer wieder gern den finanzpolitischen Musterknaben. Tatsächlich hat sie mit ihrer Finanzpolitik zahlreiche Kommunen in eine Situation gebracht, in der sie zur Gestaltung nur noch schwer in der Lage sind, weil eben die Verwaltung des Mangels an der Tagesordnung ist.

Statt die seit Jahren bestehenden Probleme nun strukturell anzugehen, versucht die CDU-geführte Regierung auch mit diesem Haushalt, ihre Konzeptionslosigkeit einfach zu überspielen. Das grundsätzliche „Weiter so“ verhindert aber immer mehr, dass die strukturellen Ursachen der Unterfinanzierung der Kommunen nachhaltig beseitigt werden.

DIE LINKE hat demgegenüber bereits im Frühjahr mit dem Antrag „Finanzkraft der sächsischen Kommunen jetzt stärken – Umsteuern für einen zukunftsfähigen kommunalen Finanzausgleich!“ einige Vorschläge vorgelegt. Ich will sie kurz benennen:

So erachten wir es erstens als notwendig, dass die kommunale Finanzmasse im sächsischen Finanzausgleich dauerhaft um 400 Millionen Euro zugunsten der kommunalen Ebene angepasst wird. Damit erhielte jede sächsische Kommune pro Einwohner und Jahr 100 Euro mehr Schlüsselzuweisungen zur freien Verfügung und wäre damit tatsächlich in der Lage, ihren Aufgaben nachzukommen und zu gestalten.

Zweitens schlagen wir vor, für die Landkreise und die kreisfreien Städte Regionalbudgets in Höhe von jährlich zusätzlich 10 Millionen Euro als frei verfügbare Mittel bereitzustellen. Das wären noch einmal 32 Euro je Einwohner. Dadurch könnte in der Konsequenz auf bürokratieintensive Förderprogramme verzichtet werden. Auf diese Weise würde sowohl etwas für die Entbürokratisie-

rung als auch für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung getan.

Drittens wollen wir an dieser Stelle noch einmal die Sächsische Staatsregierung auffordern, endlich die Voraussetzungen zu schaffen, um die notwendigen Anpassungen im System des kommunalen Finanzausgleichs vornehmen zu können.

Wir von der LINKEN wollen erreichen, dass die soziale und die kulturelle Infrastruktur verbessert sowie die kommunale Selbstverwaltung und damit die Demokratie in Sachsen gestärkt werden. Das, meine Damen und Herren, ist wahrlich dringend nötig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombos:** Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Michel, bitte.

**Jens Michel, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! In den letzten Minuten haben wir verschiedene Sichtweisen auf den Entwurf des Doppelhaushalts gehört. Ich bin ein bisschen enttäuscht; denn ich hatte gedacht, dass von der Opposition mehr kommen würde. Aber das zeigt, wie gut der Entwurf ist, den wir vorliegen haben.

(Cornelia Falken, DIE LINKE: Oh! –

Rico Gebhardt, DIE LINKE:

Das erzählen Sie alle zwei Jahre!)

Es waren natürlich ein paar kleine Dinge drin. Besonders gut war der Freud'sche Versprecher von Frau Kollegin Meiwald, die gesagt hat: „Wir haben Gemeinheiten gesucht, aber keine gefunden.“ Es ist richtig; denn in dem Haushalt sind keine Gemeinheiten enthalten. Insoweit kann ich Sie in Ihrer Einschätzung bestärken.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Da seid ihr durchaus innovativ! Ihr nennt sie anders!)

Auf Ihre Innovationen warten wir noch. Wir werden sehen, welche Anträge von den Oppositionsfraktionen kommen werden. Wir warten auf gute Vorschläge. Diese müssen aber gegenfinanziert sein. Das ist die wichtigste Forderung, die wir stellen müssen.

Eines kann ich mir nicht verkneifen: Schon mit dem Einstieg in seine Rede hat der Redner der AfD gezeigt, dass die AfD-Fraktion eine Ein-Thema-Fraktion ist.

(André Barth, AfD: Dann haben Sie wieder einmal nicht zugehört, Herr Michel!)

Sie landen immer wieder bei dem Thema Asyl. Wir sind gespannt, was Sie noch an Vorschlägen bringen werden und wie Sie diese finanzieren wollen. Ich freue mich auf die kommenden Beratungen.

(André Barth, AfD: Das müssen wir nicht heute machen!)

Da Wiederholung die Mutter der Weisheit ist, will ich für Sie noch einige Punkte zusammenfassen und darlegen, woher wir kommen, worauf wir aufbauen und wie es mit diesem Doppelhaushalt weitergehen soll.

Ausgangspunkt ist – eine schöne Sache –, dass wir bei der Arbeitslosigkeit den niedrigsten Stand seit 1990 haben und dass die Löhne gestiegen sind.

(André Barth, AfD: Das ist aber nicht Ihr Verdienst!)

– Doch, das ist auch unser Verdienst. Ich stelle mich hier hin und sage selbstbewusst: Die CDU-Fraktion und alle vorangegangenen Regierungen haben nicht allzu viel falsch gemacht. Sonst wären wir nicht auf diesem Stand. Das ist ein ganz klarer Fall.

(Beifall bei der CDU –  
André Barth, AfD: Das ist arrogant und überheblich! –  
André Wendt, AfD: Billigjobs und Zeitarbeit!)

Ich sage nicht, dass es allein unser Verdienst ist. Aber wir haben bei der Begleitung dieses Weges nicht viel falsch gemacht.

(André Barth, AfD: Größter Niedriglohnsektor in ganz Deutschland! Da kann man nur applaudieren!)

Die Löhne steigen. Allein in den letzten vier Jahren sind es 4 % gewesen. Real liegen wir bei über 2 % Steigerung. Das ist nicht schlecht.

Die Wirtschaft brummt.

(Carsten Hütter, AfD: Alles schöngerechnet!)

Das ist ein Verdienst der Wirtschaft.

(André Barth, AfD: Nicht Ihres!)

Es ist aber auch ein Verdienst von uns. Ich nenne nur ein Beispiel: Hätten wir die Grunderwerbsteuer erhöht, wie es manche vorgeschlagen haben, wären den kleinen Häuslebauern Hunderte Millionen Euro verloren gegangen. Wir hätten viel weniger Bauwirtschaft gehabt. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Diese können wir addieren. Deshalb gilt: So viel hat die Politik hier nicht falsch gemacht.

Trotzdem sind die Mittel, die wir zu verteilen haben, den Steuerzahlern zu verdanken. Wir haben unsere Mittel auch den Bundes- und den EU-Zuweisungen zu verdanken. Das alles ist klar. Warum sage ich das? Wenn wir in den nächsten Jahren 40 Milliarden Euro zu verteilen haben, sollten wir uns dieses Umstands immer bewusst werden. Ein Haushaltsvolumen von über 40 Milliarden Euro liegt etwas über dem Durchschnitt. Ich muss also davor warnen, in Euphorie zu verfallen.

Ich weiß, dass viele hier im Haus und viele Journalisten den Finanzpolitikern vorwerfen, wir sähen die Zukunft immer nur schwarz und wollten immer nur Mittel einsparen und Geld zurücklegen. Ich kann Ihnen versichern: Keinem von uns geht es darum, Sachsen kaputtzusparen,

wie es teilweise – wahrheitswidrig – behauptet wird. Wir kommen mit unserer Finanzpolitik unserer Verantwortung nach, auch gegenüber den nachfolgenden Generationen, damit auch diese noch Spielräume zum Gestalten haben. Dazu braucht man solide Haushalte.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Dazu braucht man einen Überblick über zukünftige Belastungen, damit diese in Grenzen gehalten werden können. Dazu braucht man Handlungsmöglichkeiten auch für zukünftige Politiker und Generationen. Wenn wir jetzt dieses Rekordvolumen in der Hochkonjunkturphase haben, dann greifen wir trotzdem und dennoch auf Rücklagen zurück. Das sollte immer die Grenze unserer weiteren Verhandlungen sein.

Meine Damen und Herren! Leider bewahrheitet sich immer wieder die alte politische Erkenntnis, dass sich eher ein Hund einen Wurstvorrat anlegt, als dass eine Demokratie Rücklagen bildet. Da sind wir Sachsen schon besser als andere. Wir lösen zwar, wie bereits dargestellt, Rücklagen auf. Wir halten aber auch an den Zuführungen zum Generationenfonds fest.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:  
Das müssen Sie nach der Verfassung auch!)

Der Regierungsentwurf lässt auch die Haushaltsausgleichsrücklage von bisher 982 Millionen Euro um 300 Millionen Euro aufwachsen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Mir sind die Diskussionen bewusst, die wir alle um das Totsparen geführt haben. Es gibt immer wieder Menschen, die alles besser wussten. Sie wussten es zwar hinterher besser.

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:  
Nein, das wussten wir nicht!)

Wenn wir im Jahr 2009 – da waren Sie noch nicht in dem Hohen Hause – die Hochkonjunktur, die wir jetzt haben, vorausgesagt hätten, dann wollte ich den sehen, der das 2009 belegbar gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Die Zurückhaltung hat uns geholfen, das Jahr 2009 gut zu überstehen. Eines möchte ich Ihnen auch noch sagen: Wir reden von einer Investitionsquote bei den anstehenden Beratungen. Das sollte noch unser Thema sein. Diese Investitionsquote ist im Bundesvergleich sehr gut. Mit 14,2 % ist sie vergleichsweise hoch, aber sie sinkt im Vergleich zu den vorherigen Jahren.

(André Barth, AfD: Also ist es kein Investitionshaushalt!)

Was aber steigt, ist das, was wir als Finanzpolitiker gesagt haben: Die Personalausgabenquote steigt. Ein Viertel unseres Geldes geben wir für Personal aus. Das ist ein Punkt, den wir uns bewusst machen müssen. Im Geiste der Haushaltsklarheit sind alle Personalstellen wieder klar im Haushalt abgebildet. Ich bin dem Finanzminister

Matthias Haß sehr dankbar, dass er den Anregungen gefolgt ist und alle Stellen wieder abbildet – herzlichen Dank dafür.

Aber sieht man sich die Entwicklung an, dann kann man den Personalaufwuchs bereits in den letzten Jahren deutlich erkennen. Wer es sehen will, kann erkennen, dass es kein Kaputtsparen in der Verwaltung gegeben hat und geben wird, weder 2014 noch am Ende dieses Doppelhaushaltes im Jahr 2020. Da werden wir 91 856 Stellen haben. Das ist enorm für dieses kleine Land. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Da wird es die Notwendigkeit geben, die alle Parlamentarier betrifft, dass wir vor dem Hintergrund einer sinkenden Bevölkerungszahl uns das genau ansehen müssen. Das bedeutet nicht Rasenmäher, sondern das heißt, dass wir uns effizienten Personaleinsatz genau anschauen. Es gibt Bereiche, da fehlt Personal und es gibt Kuschelecken. Es ist unsere Aufgabe, als Parlamentarier dahin zu schauen und das zu benennen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Was denn für Kuschelecken?)

So gehört für mich vor diesem Hintergrund der Sonderbericht des Rechnungshofes zur Evaluierung des zentralen Flächenmanagements dazu. All das sind Aufgaben, denen wir uns jetzt ernsthaft stellen müssen. Wir als CDU-Fraktion haben bereits bei der Aufstellung des Regierungsentwurfs sehr eng mit dem Regierungschef Michael Kretschmer und unseren Staatsministern zusammengearbeitet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle im Namen der Fraktion bei der Regierung ganz herzlich bedanken.

Obwohl wir das gemacht haben, ist es trotzdem unsere Aufgabe als Parlamentarier, gerade beim Haushaltsbegleitgesetz darauf zu achten, dass die Rechte des Parlaments gewahrt bleiben.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Ah!)

Als Parlamentarier sollten wir uns genau überlegen, welche Befugnisse wir an die nicht gewählte Verwaltung delegieren und welche Befugnisse wir behalten. Denn wir sind letztlich die gewählten Vertreter des Volkes und das Parlament.

(André Barth, AfD: Das sind neue Erkenntnisse! –  
Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Das sagen wir schon immer.

(Valentin Lippmann, GRÜNE:  
Sie handeln nur nicht danach!)

Da können Sie einmal im HFA nachfragen, wer Entscheidungsbefugnis haben möchte, zum Beispiel beim Zukunftssicherungsfonds – also bitte ganz ruhig bei den GRÜNEN.

Wenn wir dann letztendlich in dem Parlamentsverfahren sind, dann möchte ich auch meinen koalitionsinternen Dauerspruch wiederholen, den ich aller zwei Jahre immer wieder bringe: Ich bin sicher, dass wir im Dezember einen ganz tollen Haushalt als Koalition verabschieden werden. Aber trotz aller Versuche der Zuweisung, dass die einen

auf dem Sonnendeck rot gebräunt die Guten sind und die im Maschinenraum letztendlich schwarz beschmiert die Bösen, ist nicht angebracht. Denn es wird ein Koalitionshaushalt sein, und was der eine Partner nicht will, wird nicht gehen. Deshalb wird es unser gemeinsamer Beschluss sein. Ich glaube, es wird ein guter Haushalt werden, den wir dann im Dezember dieses Jahres verabschieden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Fraktionsvorsitzender Frank Kupfer hat die Schwerpunkte für uns bereits benannt.

(Zuruf von der LINKEN)

Am Schuldenabbau wollen wir festhalten. Die Investitionsquote ist auch klar. Wir wollen einen starken Staat mit ausreichend Mitarbeitern, keine Steuererhöhungen – ich habe bereits die Grunderwerbsteuer genannt. Wir werden Schwerpunkte in der Bildung, Forschung, inneren Sicherheit und medizinischen Versorgung setzen. All das ist bereits aufgenommen. Ich will das an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen. Wir haben viele Ausgaben gerade im Bereich der Bildung, zum Beispiel das Lehrerpaket. Dazu, was Sie zur inneren Sicherheit gesagt haben – das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen –, finden wir vieles im Regierungsentwurf.

Mit der Umsetzung des Aufwuchses um die 1 000 zusätzlichen Stellen sowie die höheren Investitionsmittel für die Ausstattung der Polizei haben wir bereits vor Jahren begonnen. Wir können bereits jetzt von einer erhöhten Schutzausrüstung und gepanzerten Fahrzeugen profitieren.

(Zuruf von der LINKEN –  
André Barth, AfD: Vor zwei Jahren!)

Trotzdem werden wir 34 Millionen Euro in 2019 und noch einmal 33 Millionen Euro im Jahr 2020 mit drauflegen. Es gibt mehr Stellen in der Justiz und es gibt mehr Stellen im Justizvollzug.

(André Barth, AfD: Das hat zu lange gedauert!)

Wir werden noch weiter über diesen Bereich innere Sicherheit diskutieren. Genauso haben wir viele Schritte bei der medizinischen Versorgung eingeleitet. Für die Krankenhausförderung stehen Mittel in Höhe von 250 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind alles tolle Kennzahlen.

(André Barth, AfD: Vor zwei Jahren!)

Zeigen Sie mir Länder von der Größe Sachsens, die das haben.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Telemedizin fördert der Freistaat innovative Vorhaben weiterhin mit 10 Millionen Euro. Dazu stehen EFRE-Mittel zur Verfügung. Dazu kommen die kleinen weichen Faktoren. Für pflegerische Versorgung in den Landkreisen und kreisfreien Städten wird es regionale Pflegebudgets in Höhe von 1,3 Millionen Euro geben.

Warum sage ich das? Ich könnte noch viele weitere Bereiche anführen. In diesem Doppelhaushaltentwurf ist in jedem Bereich etwas dabei. Eigentlich kann keiner sagen, dass er bei diesem Regierungsentwurf zu kurz gekommen ist. Das sollten wir uns einmal vor Augen halten. Was werden wir erleben? Ich behaupte einmal – besonders bei der AfD –, dass sie von einem schneller, höher, weiter nicht wegkommen werden. Da wage ich ausnahmsweise einmal eine Prognose.

Angesprochen wurde auch die kommunale Ebene. Dazu möchte ich sagen, dass die Regelung, die wir getroffen haben bzw. die jetzt zum FAG vorliegen, hervorragend sind. Das sind enorme Volumina.

(André Barth, AfD: Das geht in die richtige Richtung!)

Was noch dazu kommt, ist, dass wir uns vereinbarungsgemäß im Rahmen des Kompromisses, den wir mit den Spitzenverbänden auch im Jahr 2016 getroffen haben, bewegen. Wir wollen an den Vereinbarungen festhalten. Wir wollen ein unstetes Ändern und Switchen mit den Wirkweisen des FAG vermeiden. Denn Planungssicherheit ist ganz wichtig, gerade für die kommunale Ebene. Mit diesem FAG, mit diesem Entwurf ist das gelungen. Es kommt noch unser systemgebundenes Regelwerk dazu, Kollege Schollbach. Das hat nicht nur die Zustimmung der Spitzenverbände. Es ist auch faktisch weit weg von einem Gängelband. Das möchte ich an dieser Stelle einmal klarstellen. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, die allein als allgemeine Deckungsmittel zur freien Verwendung der Kommunen zur Verfügung stehen, dann haben wir im Jahr 2018 6,3 Milliarden Euro, im Jahr 2019 6,6 Milliarden Euro und im Jahr 2020 6,9 Milliarden Euro.

Wir steigern von 6,3 im Jahr 2018 auf 6,6 und im Jahr 2020 auf 6,9. Das sind letztendlich 9 % an Steigerung. Wenn wir alles zusammennehmen mit dem, was wir haben – Sonderzuweisungen, Pauschalierung, Vereinfachung Förderverfahren –, kommen wir auf einen Zuwachs nahe 15 %. In diese Richtung bewegen wir uns. Das sollten Sie einmal sagen. Da sehen Sie mit Ihren lächerlichen 132 Euro pro Kopf alt aus. Entweder sind Sie schneller, höher, weiter, wenn es oben drauf kommt, oder wenn es ein Alternativvorschlag ist, würde ich ihn schnell wegpacken. Da ist der Regierungsentwurf schon dreimal höher. Da würde ich sehr vorsichtig sein.

Was wir an dieser Stelle diskutieren müssen, ist, wie die Wirkweise von vermehrten Ausreichungen von Pauschalen und erhöhter Zuordnung von Finanzmitteln auf die kommunale Ebene ist. Teilweise wird es den einen oder anderen kommunalen Vertreter geben, der vergisst, zu erwähnen, woher die Mittel kommen. Dann entsteht vor Ort der falsche Eindruck.

(André Barth, AfD: Da hängen wir Schilder auf, Herr Michel!)

Dann entsteht vor Ort der Eindruck, die Wohltat stammt aus dem kommunalen Haushalt, und der Freistaat tut

wieder nichts für uns. Das hilft politischen Grenzgängern oder den Leuten, die politische Frustration schüren.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Da müssen wir aufpassen, was wird. Wir werden am Ende sehen, ob dieser Weg richtig ist oder nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den nächsten Wochen werden wir ein spannendes parlamentarisches Haushaltsaufstellungsverfahren der besonderen Art erleben. Da bin ich mir sicher; denn a) steht eine Landtagswahl an, und b) haben wir ein sehr hohes Haushaltsvolumen. Ich habe die Sorge, dass wir der Versuchung der Versprechungen jeglicher Art ein wenig erliegen werden. Deshalb ist meine Bitte: Lassen Sie uns die alpine Konjunkturweisheit von Stefan Kooths berücksichtigen. Er hat einmal gesagt: „Wo die Konjunkturberge besonders hoch sind, sind die Konjunkturtäler besonders tief.“ Das sollten wir beachten.

Die nächste Grundregel hat der Staatsminister schon genannt. Staatshaushalte werden in guten Jahren verdröben. Dieser Versuchung sollten wir nicht erliegen. Deshalb freue ich mich auf ein konstruktives, aber auch unserer Pflicht und Vorsorge für zukünftige Generationen angemessenes Haushaltsverfahren und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die SPD-Fraktion hat noch eine Minute. Soll das noch „bewältigt“ werden? – Nein. Gut. Dann kommt jetzt Herr Barth, AfD-Fraktion, an die Reihe.

**André Barth, AfD:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Alle zwei Jahre grüßt uns das Murmeltier: Die Sächsische Staatsregierung legt einen Plan für die Geldausgaben in den nächsten zwei Jahren vor,

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

und wir als Abgeordnete können uns in den nächsten Monaten trefflich über diesen Plan streiten.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Wenn Sie nicht wollen, müssen Sie nicht mehr da sein!)

Eines wage ich jetzt schon zu prognostizieren: Die Regierungskoalition wird mit ihrer Mehrheit alle Änderungsanträge der Oppositionsfractionen ablehnen

(Lothar Bienst, CDU: Das haben wir noch nie gemacht!)

– mit einer Ausnahme, Herr Michel. Sie werden den GRÜNEN wieder gönnerhaft einen Antrag ihrer Wahl durchgehen lassen.

(Zurufe von der CDU)

So oder ähnlich wird sich das Haushaltsverfahren

(Unruhe im Saal)

in den nächsten Monaten gestalten. Wir haben aber noch eine Besonderheit. Ein Zweijahreshaushalt bindet den neuen Landtag, der im nächsten Jahr gewählt wird. Ihm steht das Budgetrecht für das Jahr 2020 zu, doch die Abgeordneten der Altparteien mit Ausnahme der Linkspartei – das muss gesagt werden – wollen ihren schwindenden Machtanspruch über die Wahlperiode hinaus retten. Allein aus diesem Grund sehen wir Ihren Regierungsentwurf bereits kritisch.

Der Entwurf zum Haushalt für die Jahre 2019/2020 – das hat mein Fraktionsvorsitzender ausgeführt – ist eine Fortsetzung der bisherigen Politik. Die Folgen sind absehbar. Sie haben in der Vergangenheit den Bürgern die geschuldeten Leistungen nicht erbracht, und Sie werden auch in Zukunft – das haben Sie heute zugegeben – für die Lehrerproblematik und die Polizeiproblematik die erwartete Leistung den Bürgern in den nächsten zwei Jahren nicht vollumfänglich erbringen können.

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen aber werden Gelder für Ausländer ausgegeben, von denen manche sich fälschlicherweise als Syrer ausgegeben und behauptet haben, sie seien auf der Flucht vor einem Krieg.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Über 2,7 Milliarden Euro Steuergeld hat der Freistaat Sachsen seit 2015 für Asyl und Integration ausgegeben, und das können Sie Ihrer Kanzlerin heute Nachmittag sagen, Herr Michel: Aus Berlin ist in diesem Zeitraum nur die Hälfte, nämlich etwas mehr als 1 Milliarde Euro erstattet worden. Im Regierungsentwurf ist in diesem Doppelhaushalt noch einmal 1 Milliarde Euro für Asyl und Integration eingestellt.

Da kann man sich fragen: Kann man so erfolgreich die Zukunft des Freistaates Sachsen zum Nutzen der sächsischen Bürger weiter gestalten,

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

wenn man nicht all diese Kosten von Berlin verlangt? Denn es sind nicht wir in Sachsen, die dieses Chaos in der Vergangenheit verursacht haben. Einen Teil der geplanten Integrationsausgaben sieht meine Fraktion kritisch, beispielsweise Integrationsausgaben für Ausländer, die überhaupt nicht integrationswillig sind, weil sie beispielsweise die Gebote des Islams über den Geltungsbereich unseres Grundgesetzes stellen. Dort wird Integration verpuffen. Integrationsausgaben für Ausländer ohne Bleibeperspektive oder sogar für straffällige Ausländer fördern keinesfalls den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Hier schlägt meine Fraktion vor, die Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips für diese Menschengruppe zu erwägen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren! Wir haben in Sachsen 11 800 abgelehnte Asylbewerber. Statt viel Geld für Integration von nicht integrationswilligen Ausländern auszugeben,

sollten wir lieber konsequenter abschieben. Das spart Geld und leistet einen Beitrag zur Steigerung der inneren Sicherheit in unserem Freistaat.

(Beifall bei der AfD)

Für Förderprogramme zur sogenannten Stärkung der Demokratie sind rund 12 Millionen Euro im Doppelhaushalt vorgesehen. Ich frage mich, mit welchem Nutzen. Wer profitiert davon? Möglicherweise Leute, die linke Vereine unterstützen wollen. Das bringt aber für den sächsischen Bürger keinerlei Mehrbedarf.

(Zurufe von den LINKEN)

Gleichzeitig – auch das soll nicht unerwähnt bleiben – werden für das Ministerium für Gleichstellung und Integration zusätzlich fünf hochbezahlte Stellen geschaffen, jährlich 400 000 Euro. Der Nutzen für den Bürger ist uns in keiner Sichtweise erkennbar.

Aber ich will auch noch einige Worte zur Öffentlichkeitsarbeit sagen. Darauf werden wir bei diesem Haushalt ganz genau schauen. Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung: Ich sage: mitunter sehr kreativ. Ein Beispiel: Die Staatskanzlei gab für den Einsatz in sächsischen Kindergärten einmal einen Bastelbogen im Auftrag der Staatskanzlei heraus. Die Kinder in den sächsischen Kindertagesstätten haben sich sicherlich sehr darüber gefreut, mit Schere und Leim das Gebäude der Staatskanzlei spielerisch zu errichten. Aber es geht noch besser.

Repräsentationsausgaben: Semperoperball. Aus Anlass des Semperoperballs gibt unsere Staatsregierung jährlich mehr als 30 000 Euro aus, damit unser Ministerpräsident einmal im Jahr erlauchte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Sport einladen kann. Damit können sich dann beispielhaft Vorstandsvorsitzende börsennotierter Aktiengesellschaften – Lufthansa, Jenoptik – oder auch Mitglieder der saudischen Königsfamilie auf Kosten unserer schwer arbeitenden sächsischen Bevölkerung einmal richtig amüsieren. Tatsächlich, unsere Bürger haben auch etwas davon. Sie dürfen nämlich vor der Tür stehen und den Oberen über Bildschirme beim Feiern zuschauen. Das natürlich kostenlos. Man kann also sagen: Unser Landesvater zeigt eine gewisse Großzügigkeit.

Weitere Beispiele, wo Steuermittel nicht effizient eingesetzt werden, sind die Mittel für parteinahe Stiftungen – 5,6 Millionen Euro in diesem Doppelhaushalt für parteinahe Stiftungen der etablierten Altparteien. Auch dort wird es von uns einen entsprechenden Änderungsantrag geben.

Wir kritisieren darüber hinaus die freie Verfügungsmasse des Finanzministers in Höhe von 250 Millionen Euro. Das ist ein Spielgeld, was außerhalb des Parlamentes jederzeit für das Handeln der Regierung eingesetzt werden kann. Diese Mittel sollen einzelnen Haushaltsstellen zugeführt werden.

Ich danke Ihnen recht herzlich. Meine Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei der AfD)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Frau Abg. Schubert, bitte.

**Franziska Schubert, GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung hat ja schon vor dem Sommer die Eckpunkte des Regierungsentwurfs vorgestellt. Der Ministerpräsident, der stellvertretende Ministerpräsident und auch Finanzminister Dr. Haß haben da von „Rekordhaushalt“, von „Trendwende“ und „vom Gestalten wollen“ gesprochen, und natürlich wolle man auch „für mehr Transparenz“ sorgen. Da habe ich mich gefreut.

Ich möchte an dieser Stelle die Ausführungen des Finanzministers aufgreifen, die er vor der Sommerpause getätigt hat; denn an diesen Aussagen habe ich mich orientiert und war in der Erwartungshaltung, dass ich als Finanzpolitikerin in der Opposition nach diesen Ankündigungen zukünftig wenig zu kritisieren haben würde.

Aber ich will auch Kollegen Michel nicht enttäuschen. Deswegen gestatten Sie mir, doch einige Dinge zu erwähnen, die mir aufgefallen sind, als ich mich mit den Untiefen des Vorschlags der Staatsregierung beschäftigt habe.

So sagte Herr Dr. Haß erstens, es gebe zu viele Sondervermögen und es müsse eine Reduzierung angestrebt werden. Es ging sogar noch weiter. Idealerweise gebe es nur noch die Haushaltsverstärkungsrücklage und einige wichtige Fonds.

Aha, dachte ich: Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. Es ist in der Tat so, dass es seit Jahren im sächsischen Haushalt so viele Sondervermögen wie die Fonds gibt. Ich habe das wieder und wieder gesagt. Kollege Michel sagte es bereits: „Wiederholung ist die Mutter der Weisheit.“ Die Anzahl der Fonds und die darin geparkten Unsummen an Geld müssen reduziert werden, nach Bundeshaushaltsrecht, was die Zwecke angeht, und nach dem Prinzip der Transparenz natürlich auch.

Ein Blick in den aktuellen Haushaltsentwurf hat allerdings gezeigt, dass diese Äußerung von Herrn Dr. Haß reine Ankündigung war, denn sie ist im Entwurf der Staatsregierung keineswegs untersetzt. Im Gegenteil. In diesem Haushalt kommen, soweit ich gesehen habe, mindestens zwei neue Fonds hinzu, und es gibt noch immer über 20 Sondervermögen. Es ist also nichts mit der Reduzierung. Darin liegen immer noch Milliarden Euro.

Zweitens hat Herr Dr. Haß seinen Plan zur Haushaltsausgleichsrücklage vorgestellt. Zu diesem Plan gehörte die Aufstockung der Haushaltsausgleichsrücklage, weil die bisher darin enthaltene fast 1 Milliarde Euro für den Fall eines Konjunkturreinbruchs zu knapp bemessen sei. Dr. Haß nannte vor dem Sommer eine Summe von 1,4 Milliarden Euro – heute waren es 1,3 Milliarden Euro –, die anzustreben wären. Das ist kein komplett unvernünftiger Vorschlag, dachte ich.

Auch hier können Sie in den Haushaltsplan schauen. Der Haushaltsausgleichsrücklage wurden laut Entwurf der

Staatsregierung über eine halbe Milliarde Euro entnommen. Wie passt denn das zusammen?

Die tatsächliche Höhe der Rücklage ist nicht ausgewiesen. Wir wissen laut diesem Entwurf nicht, wie hoch die Rücklage ist. Die Höhe der Rücklage wird in der Vermögensrechnung ausgewiesen. Da haben wir einen Stand von 2016.

Was heißt das nun? Wurde die Rücklage halbiert? In der Pressekonferenz vor dem Sommer wurde jedenfalls dieser Griff in die Rücklage nicht einmal erwähnt. Wann ist das passiert, nach der Pressekonferenz und nach dem Kabinettsbeschluss? Transparenz und Klarheit im Haushaltsplan sehen anderes aus. Wir werden das sehr gründlich verfolgen und hinterfragen.

Der Griff in die Rücklage ist überraschend. Denn für den Haushalt 2019/2020 sind weitere zwei gute Jahre in Deutschland prognostiziert, zumindest für die Bereiche Steuereinnahmen und wirtschaftliche Entwicklung. Der Haushaltsausgleichsrücklage in einer solchen konjunkturell guten Zeit eine halbe Milliarde Euro zu entnehmen, macht da eher den Eindruck, dass die Staatsregierung für ihren Wahlkampfhaushalt noch einmal alle Schatullen hemmungslos plündert. Das ist widersprüchlich. Zu den 300 Millionen Euro, die eigentlich hinzugefügt werden sollten, komme ich gleich noch.

Das führt mich zu drittens, dem Umgang mit dem Garantiefonds. Hier ist die Kommunikation des Finanzministers als desaströs zu bezeichnen. Es zeigt sich hier sehr deutlich, wie es um Gesprächskultur, Problemverständnis, Kommunikationsverhalten, aber auch um die Haltung der Staatsregierung gegenüber dem Landtag als Parlament in diesem Land aussieht.

Das Fiasko um die Landesbank Sachsen liegt in der Verantwortung der damaligen Staatsregierung. Aber einige von denen, die damals dabei waren, sind heute immer noch dabei und hätten dem neuen Finanzminister zumindest Hinweise auf einen sensiblen Umgang auf den Weg geben können. Die Schulden der Landesbankpleite in Milliardenhöhe haben die Menschen in Sachsen getragen. In der Folge gab es Einschnitte, wie zum Beispiel in Form der Kürzung der Jugendpauschale, die bis heute nicht wieder angehoben wurde.

Es ist schon unverschämte, den Fonds „Garantiefonds“ und die Zahlung für die Landesbankpleite „Garantieziehung“ zu nennen. Es muss doch sogar der Staatsregierung aufgegangen sein, dass, wenn Geld aus diesem Fonds übrig bleibt, dieses nicht einfach einzukassieren ist.

Die gesellschaftlichen Folgen des Landesbankdebakels erfordern geradezu eine offene Kommunikation, die auf Wiedergutmachung hätte zielen können. Zum Beispiel hätten Sie sagen können: Damals haben wir die Jugendpauschale gekürzt, das können wir jetzt wiedergutmachen. Nun ist Geld übrig, das wir dafür nutzen wollen.

Es ist ein ganz schlechter Stil, dass Sie ganz leise den Garantiefonds im Jahr 2018 praktisch leer geräumt haben. Da fehlen jetzt 800 Millionen Euro. Ich weiß, dass das

laut Fondsgesetz möglich ist. Aber nicht alles, was möglich ist, ist auch angemessen und richtig. Es zeigt einmal mehr, dass Sie das überhaupt nicht einordnen können. Sie haben null Sensibilität im Umgang mit so einem brisanten Thema und eben kein Augenmaß, das Sie so in Ihrer Einbringungsrede bemüht haben.

Jetzt gestatten Sie mir noch die Feststellung: Den Journalisten hatte Dr. Haß angekündigt, dass er für die 800 Millionen Euro aus dem Garantiefonds eigene Pläne hätte. So sollten davon 300 Millionen Euro in die Haushaltsausgleichsrücklage gehen. Da sind sie bis heute nie angekommen. Das ist im Entwurf nicht abgebildet.

Dann reden Sie heute davon, dass Sie die Einnahmensituation im Haushalt strukturell verbessern wollen. Das ist zu begrüßen. Sie könnten im Handumdrehen Millionen generieren, wenn Sie endlich Förderabgabe und Wasserentnahmeabgabe für die Bergbaubetreiber erheben würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tun Sie das nicht, bleiben Sie ungläubwürdig.

Mir zeigt der Entwurf, dass ich die Aussagen des Finanzministers nicht für bare Münze nehmen kann. Nichts von den Aussagen und Ankündigungen ist im Entwurf unter setzt. Es hätte systemische Veränderungen gebraucht, um eine finanzpolitische Trendwende für Sachsen hinzubekommen. Diese Gelegenheit ergreifen Sie nicht.

Ich möchte Ihren Louis Pasteur mit einem eigenen Louis Pasteur parieren – Zitat –: „Die Gelegenheit bedarf eines bereiten Geistes.“

Wir GRÜNEN werden im Verfahren zeigen, wie Gelegenheiten bei der Aufstellung eines Haushaltes genutzt werden können. Sie dürfen also im Verfahren auf uns als kritischen und konstruktiven Gesprächspartner in gewohnter Qualität vertrauen.

(Beifall bei den GRÜNEN  
und vereinzelt bei den LINKEN)

**1. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Redezeiten haben jetzt noch die CDU-Fraktion 4,5 Minuten und die Fraktion DIE LINKE 3 Minuten. Soll das noch genutzt werden? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann komme ich jetzt zur Abstimmung.

Es wird vorgeschlagen, die Entwürfe Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 und Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 jeweils an die Ausschüsse Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, Innenausschuss, Verfassungsausschuss und Rechtsausschuss, Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration, Ausschuss für Schule und Sport, Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien, Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft und an den Europaausschuss zu überweisen. Wer dem Vorschlag der Überweisung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe Einstimmigkeit. Damit ist der Überweisung zugestimmt.

Weiterhin wird vorgeschlagen, den Entwurf Zweites Gesetz zu den Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss zu überweisen. Wer möchte diesem Vorschlag folgen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch hier sehe ich Einstimmigkeit, damit beschließen.

Meine Damen und Herren, die 76. Sitzung ist abgearbeitet. Die 77. Sitzung wird auf Mittwoch, den 5. September, 10 Uhr, festgelegt. Eine Einladung dazu erhalten Sie noch. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Arbeitstag.

(Schluss der Sitzung: 13:01 Uhr)

